

BRD - 70

$$\begin{array}{r} 186 \\ + \\ 1008 \\ \hline \end{array}$$

NEIN
DANKE!



UNSERE RASENDEN REPORTER UNTER WEGS
HEUTE;

Bürgerinitiative Gasturbine UNTERHAFEN

Wir wollen kein weiteres Kraftwerk



Frage

Frage: Habt ihr euch Gedanken gemacht, welche spezielle Belastung von KW Unterhafen ausgeht? Z. B. wissen wir ja, daß ums Kottbusser Tor die dreckigste Luft Berlins ist.

A. Das schwierigste Problem, was die Emission angeht, daß im Jahresmittelwert und das ist auch das, was bei Blume (Meßsystem des Senats für Luftverschmutzung) auf den Karten erscheint, daß es sich da höchstwahrscheinlich sehr wenig auswirken wird: aus zwei Gründen. Einmal läuft es ja nicht ständig, sondern wahrscheinlich maximal 190 Tage mit 8 Stunden, vermutlich sogar weniger und d. h., daß der Jahresmittelwert dadurch natürlich unerheblich wird, weil er nämlich durch 365 geteilt wird. Der zweite Grund ist, daß normalerweise die vorherrschende Windrichtung Westwind ist und d. h., daß die Abgase so wie der Standort ist durch das Wohngebiet an der Sonnenallee und darüber hinaus in die DDR marschiert. Schwierig und problematisch wird die Sache in dem Moment, wo wir Inversionswetterlage haben, also Smogsituation. Da sieht es ja so aus, daß kein Austausch der Luftschichten stattfindet und das, was an Dreck in der Luft ist, wie unter einer Käseglocke festgehalten wird und nicht abziehen kann. Und dann ist die Situation die, daß nicht wie sonst üblich Westwind herrscht, sondern bei Smogwetterlagen herrscht Süd-Ostwind.

Süd-Ostwind bei KW Unterhafen bedeutet, daß die Schadstoffe in ganz erheblichen Mengen (Stickoxyde und Schwefeldioxyde) insbesondere, das sind die beiden Hauptschadstoffe, Stickoxyde noch mehr noch mehr als Schwefeldioxyde, daß die dann ohne nach oben abziehen zu können in die Wohngebiete von Neukölln, Kreuzberg und Schöneberg getragen werden. Und da ist die Situation auch so, daß es besonders nach Ostkreuzberg einzieht und Teile von Schöneberg noch stärker belastet sind, als Neukölln selbst. Nun passiert, daß in solchen Smogsituationen eine ganz akute Gesundheitsgefährdung auftritt. Bei Smogsituationen treten Verschmutzungswerte auf, die dann um ein Zehnfaches und höher liegen, liegen, als der gesetzlich zulässige Jahresmittelwert. Und da gibt es dann ganz akute Gesundheitsgefährdungen, akute Atemstörungen und Störungen der Funktion der Bronchien, insbesondere bei Leuten, die schon auf den Atemwegen vorbelastet sind.



FÜR CHE
UND SEINE
KUMPELS



1

Man muß davon ausgehen, daß das KW Unterhafen zu den gesundheitlich gefährlichen Smogsituationen laufen wird, denn diese Wetterlagen treten während der kalten Jahreszeit (Oktober bis März) auf und das ist auch die Zeit, in der der das KW als Spitzen- bzw. Mittellast - Kraftwerk in Betrieb sein wird. Während der ungefährlicheren Wetterlagen im Sommer steht das KW ohnehin still.

Zu beachten ist auch, daß das Bundesimmissionsschutzgesetz (BimSchG) nur den Jahresmittelwert festlegt, nicht aber die Extrembelastung in Smogsituationen. Ein zweiter wesentlicher Punkt ist, daß bei den ganzen Schadstoffberechnungen und Gesetzen nur der einzelne Schadstoff für sich gesehen; also Schwefeldioxid für sich, Kohlenmonoxid für sich und Stickoxide für sich. Die fatalen Wirkungen, die auftreten, wenn verschiedene Schadstoffe sich miteinander verbinden (chemische Reaktionen eingehen) und dann auf Schwebstoffteilchen (Feinstaub) ablagern und dann von uns eingeatmet werden, daß so etwas die Giftwirkung der einzelnen Schadstoffe vervielfacht, wird überhaupt nicht berücksichtigt. Da dies im BimSchG nicht auftaucht wird im Genehmigungsverfahren darauf auch keine Rücksicht darauf genommen.

Frage: Wie sieht denn im Augenblick das Genehmigungsverfahren für das KW aus? Wie ist denn der jetzige Stand der Dinge?

Im Augenblick ist es ja so, daß die Bewag bei den zuständigen Genehmigungsbehörden, das ist der Senator für Gesundheit und Umweltschutz einen Antrag auf einen Vorbescheid gestellt hat für die Errichtung einer Gasturbine von 2x 100 MW. Die notwendigen Genehmigungsunterlagen, also Antrag, Vorbelastung, zwei Gutachten (eins von der BEWAG und eins vom TÜV Berlin - beide schwer überprüfbar) liegen noch bis zum 28.2.78 im Rathaus Neukölln und beim Senator für Umweltschutz aus. Beide Gutachten kommen übereinstimmend zu dem Schluß, daß die zusätzliche Belastung ungefährlich ist, eben auch deshalb, weil sie von dem Jahresmittelwert ausgehen. Der 28.2. ist gleichzeitig Schlußtag des Zeitraumes, in dem Einwände erhoben werden können. Wir machen ja den Sammeleinspruch, daß man also Einwände gegen das Kraftwerk hat und das begründet. Der Senat als Genehmigungsbehörde ist dann verpflichtet, dieses Einwände zu überprüfen und den Einwändern auch einen Bescheid darüber zu erteilen. Diese Einsprüche haben aber kein Vetorecht, d. h. man kann also, selbst wenn man 200.000 Einwendungen dort hinschicken würde, den Senat nicht zwingen, sich danach zu richten - er muß nur darauf antworten. Außerdem muß ein Erörterungstermin stattfinden. Er ist für den 4. April 10 Uhr angesetzt, so daß die arbeitende Bevölkerung dort nicht hingehen kann. Auf diesem Termin müssen noch einmal die Einwendungen diskutiert werden. Danach folgt der Planfeststellungsbeschluß, den die Genehmigungsbehörde trifft - vermutlich im Juni - und der ist verbunden mit einer zumindest vorläufigen Baugenehmigung. Der Baubeginn dürfte im Herbst, frühestens schon im August liegen.

Frage: Im Augenblick sammelt ihr Unterschriften. Habt ihr noch andere Aktionen gegen den Bau des Kraftwerks Unterhagen vor?

A.: In Vorbereitung ist eine Veranstaltung am 24.2. 19.30 Tabea-Gemeinde, Aronstr. 10. Danach haben wir vor, auf dem Erörterungstermin eine größere Aktion zu machen, also möglichst viele Leute, auch wenns schwer wird, morgens um 10 Uhr dort hinzubekommen, um da nochmal der Öffentlichkeit und dem Senat klarzumachen, daß es sehr viele Leute gibt, die nicht mit dieser Planung einverstanden sind, und da eben auch entsprechend auftreten. ...



Comics geben nicht unbedingt die Meinung der Interviewten wider.

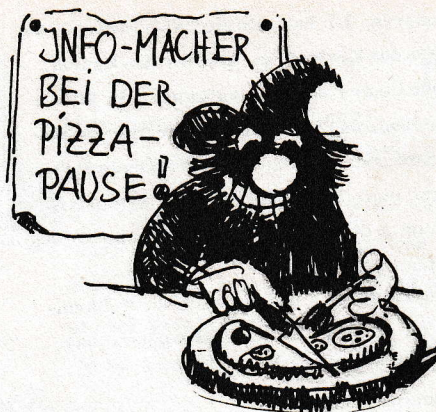
A.: Und da sich dann natürlich auch Abstimmen mit den anderen Gruppen, den Neuköllnern, Kreuzbergern, und dann gibt es im Bezirk noch eine Gruppe... wie heißt die nochmal die haben sich damals für die Bäume in der Sonnenallee eingesetzt und mit denen versuchen wir auch, zusammenzuarbeiten.

Frage: Wie hat die Bevölkerung in eurem Wirkungskreis - also der Altstadt von Neukölln - auf eure Informationsarbeit reagiert?

A. Die erste Veranstaltung war im vorigen Jahr noch, nachdem bekannt geworden war, daß das Ding hier herkommen sollte, und da wurde also relativ wenig gemacht. Wir hatten kaum Flugblätter ausgelegt und trotzdem kamen gut 100 Leute da hin und es waren auch ein paar Senatsfritzen da und die Stimmung war unheimlich gut.

Frage: Wen habt ihr bis jetzt versucht anzusprechen? Sind das Kreise gewesen, auf die man sich sowieso immer wieder bezieht, Studenten, Jugendliche oder sind es auch mehr Werk-tätige.?

A. Wenn man sich überlegt, was in Neukölln hier vür ne Struktur ist, gerade in dem Teil Neukölln, der am Kraftwerksbauplatz liegt, der ist zwar von der Baussubstanz relativ fut, aber da wohnen schon ne ganze Menge Arbeiter. Und wenn man hier Flugblattarbeit macht, trifft man sie automatisch. Die Resonanz bisher ist von da aus auch nicht so riesig, weil wir auch ne Menge Leerlauf hatten. Nach der Veranstaltung im letzten Jahr, wo wir die ersten Informationen gegeben hatten, war zwei Monate Ruhe. Wir wurden dann als der Planfeststellungsschluß laufen sollte, erst eigentlich wieder aktiv.



B.U.T.

SEITE II

Frage: Wie groß ist eure Gruppe? Also nochmal die Frage von der Seite betrachtet: Als das Kraftwerk Oberjägerweg verhindert worden ist, ist kurze Zeit vorher die Initiative stark gewachsen. Da sind über 200 aktive Mitglieder gewesen, haben auch einen relativ großen Informationsapparat getragen. Wie groß seid ihr?

A. Na ja, nun... erheblich kleiner. Es läßt sich auch nicht vergleichen, weil in Spandau die Sache mit den Bäumen, die hat schon unheimlichen Motivationseffekt gehabt, auch über die Bezirke hinaus, weil Wald benutzen ja nicht nur die Leute in Spandau, sondern alle Berliner. Von daher kan es auch dazu, daß so viele Leute mitgearbeitet haben. Hier in Neukölln sieht es so aus, daß also die eigentliche Bedrohung nicht so stark gefühlt wird, weil es ein relativ brachliegendes Grundstück ist und daß überhaupt was gemacht wird, interessiert die Leute nicht... nur das da ein Kraftwerk gebaut wird, interessiert die Leute schon. Für uns ist es eben die Aufgabe, da noch eine größere Öffentlichkeit zu schaffen.

Aber wir können nicht sagen, da werden Bäume abgeholzt, dann wären auch bestimmt viel mehr Leute da. Aber das ist son Gedankengang, der eben doch ein bißchen abstrakt ist, wenn die Leute jetzt nichts machen, daß in 4 Jahren ein Kraftwerk steht. Bißchen schwierig...

A. Es kommt noch was anderes hinzu, daß in Spandau einfach die Anlaufzeit sehr viel länger war. Da waren es auch nicht von Anfang an 400 Leute, wie es mindestens zum Schluß waren, die aktiv mitgearbeitet hatten und Tausende von Leuten, die zu Veranstaltungen, Demos, in den Wald gekommen sind, sondern da haben wir auch mal angefangen mit 15 Leuten etwa und dann mal 40 bis 50, und viel mehr waren es bis Herbst 76 hinein nicht. Und erst in dem Moment, wo der Standort gewechselt wurde in den Oberjägerweg, der Zeitpunkt immer näher kam, daß die Bäume abgeholzt wrrden sollten, da wurden es unheimlich viel, die kam dann die starke Mobilisierung. Und nun ist es klar, daß es unterschiedliche Projekte sind - in soweit, stehen wir am Anfang mit der Initiative. Ich würde sagen: aktiv sind wir - unterschiedlich mal zwischen 12-15 m wenn man direkt BI Unterhagen zusammenzählt, aber man muß das ja auch weitersehen, daß zu den Sitzungen Leute kommen, aus Stadtteilgruppen Neukölln, Tempelhof zum Teil und anderen Stadtteilgruppen. Man kann durchaus sagen, daß es ein Potential von 30 - 50 Leuten gibt.

A. Hier nochmal was anderes. Ich hab mir die Daten rausgesucht, von den direkten Anwohnern des Kraftwerks, also im 1km Radius, und da wohnten 1970 20.000 Leute rund. Es ist allgemein in Altbaubezirken xxx so, daß die Leute da abwandern, aber hier im Südosten von Neukölln eine ganz andere Situation, weil unheimlich viele Leute hier zugezogen sind. Es ist also so, daß wenigstens heute 20.000 Leute so dicht an dem Ding wohnen, daß sie es aus dem Fenster sehen könnten 1.

A. Und man muß noch dazu sehen, daß da auch noch Lärmbelastung mitverbunden ist für die direkten Anwohner, das Ding macht nämlich Krach. ...

Frage: So laut wie an der Oberhavel?

A. Wohl nicht ganz so viel, weil es ja auch eine Gasturbine ist, aber im Prinzip schon. Es ist auch so, daß in den Ausschreibungsunterlagen dringsteht, daß die Häuser, die nächsten Wohnhäuser, in der Niemetzstraße mit 65 Dezibel (= ca. 15.000 Kfz pro Tag) die am Fenster vorbeifahren, belastet werden.



Frage: das ist zu hoch für ein Wohngebiet.

A. es gilt aber als Mischgebiet und für die, die da wohnen ist es ihr Pech, weshalb ziehen sie ins Mischgebiet, können ja auch nach Dahlem ziehen.

Frage: Man kann es ja unheimlich leise bauen. ...

Am Barnackufer wenn du davor stehst, hörst du nichts.

A. Ja, das stimmt, aber die bauen hier so leise wie es gerade gesetzlich sein muß. Barnackufer ist noch voll im Wohngebiet. Und noch was: An der Planung des Kraftwerks zeigt sich, daß der Senat in Berlin offenbar nichts zu sagen hat, da, als erstmals der Beschluß herauskam, im August, das Spitzenlastkraftwerk zu bauen, hat Dietrich Stobbe persönlich verkündet im Fernsehen, daß in Berlin nur noch Kraftwerke nach dem neuesten Stand der Technik und selbstverständlich nur noch mit Abwärmenutzung gebaut werden. Das hätte bedeutet, wenn es vom Senat wirklich vorgeschrieben worden wäre, daß das Kraftwerk, wenn es hier gebaut wird, mit einer nachgeschalteten Turbine, die die Abwärme nochmal nutzt für Fernheizzwecke, nur möglich sein könnte. Die Bewag hat das nie gewollt, aber der Senat hat es als politisches Programm verkündet. Aber im Oktober hat das der Senat zurückgenommen, aufgrund der Unterlagen der Bewag, weil die nämlich gesagt hat, wir machen das nicht, es wird ohne nachgeschaltete Dampfturbine gebaut. Im Januar also vor 3 Wochen, hat der Senat einen politischen Entschluß getroffen, daß die Abwärmenutzung zu teuer ist, und deshalb auch unterbleibt aufgrund der betriebswirtschaftlichen Berechnungen der Bewag. Und nun ist die Frage, wer entscheidet hier, der Senat oder die Bewag?

RUSSISCH 3

Berlin, den 23.1.1978

An den Regierenden Bürgermeister von Berlin
An den Senator für Bau- und Wohnungswesen
An den Senator für Arbeit und Soziales
An den Vorsitzenden der BVV Tiergarten
An das Bezirksamt Tiergarten:
Bezirksbürgermeister
Bezirksstadtrat für Bauwesen
Bezirksstadtrat für Sozialwesen

Die genannten Berliner Bürgerinitiativen in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) und dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) mißbilligen die Absicht des Senats und des Bezirksamtes Tiergarten, im Essener Park ein "Haus des älteren Bürgers" zu bauen und damit eine weitere Grünanlage im durch Luft- und Umweltverschmutzung besonders stark belasteten Stadtteil Moabit zu zerstören. Grünflächen sind als Sauerstoffspender und Naherholungsgebiete für die Bevölkerung unserer Stadt lebenswichtig. Sie dürfen nicht weiterhin als billige Baulandreserve verwendet werden, wie es allenthalben in Berlin der Fall ist: Mit Kleingartengebieten, Park- und Gartenanlagen, Waldflächen in allen Teilen der Stadt. Auch im vorliegenden Fall kann ein Park nicht ersetzt werden durch ein Gebäude, in dem sich ältere Bürger von der Belastung durch zerstörte Umwelt erholen sollen.

Im Gegensatz zu dem von Bausenator Ristock offiziell vertretenen Prinzip der Hinterhofbeseitigung in den früheren Mietskasernen soll im Essener Park eine neue Hinterhofsituation geschaffen werden. Aber auch ältere Mitbürger haben das Recht, auf einen Park in ihrer Wohngegend. Auch ältere Mitbürger haben das Recht, mit dem "Haus des älteren Bürgers" nicht auf einen Hinterhof abgeschoben zu werden. Die Fällung der 52 Bäume des Essener Parks steht mit Erteilung der Baugenehmigung unmittelbar bevor. Deshalb fordern wir: Überprüfung der Entscheidung durch die Bezirksverordneten, den Bezirksbürgermeister, die zuständigen Stadträte und den Bausenator! Keine Fällung der Bäume! Keine Bebauung des Essener Parks! Stattdessen:

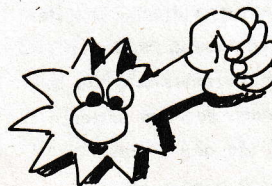
Verwirklichung des "Hauses des älteren Bürgers" an einem geeigneteren Standort! Wir bitten dringlich um eine schriftliche Antwort innerhalb einer Woche und jedenfalls noch vor Erteilung der Baugenehmigung an folgende Adresse:

Bürgerinitiative Essener Park:
Karsten Müller, Essener Str. 2, 1 Berlin 21
Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz
Cheruskerstr. 10, 1 Berlin 62
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz:
Roland Vogt, Lorenzstr. 16, 1 Berlin 45

Im Auftrage der Bürgerinitiativen

BI Westtangente,
BI Kadettenweg 64
BI Kraftwerk Oberhavel/Ruhlebener Wiesen,
BI Energieplanung und Umweltschutz,
Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger,
Informationszentrum Wedding/Weddinger Neue Zeitung,
BI Umweltschutz Britz,
BI Essener Park,
BI Autobahn Tegel,
Mieterinitiative am Chamissoplatz,
Mieterbeirat Schöneberg,
BI Stammtisch SO 36,
BI Schloßparkviertel,
West-Berliner Stadtbuch,
Gemeinschaft zum Schutze des Berliner Baumbestandes
BI Spandauer Verkehrsbelange,
Arbeitskreis Wählergemeinschaft Steglitz
3 Unterschriften für BI Essener Park, LBU, BBU

Kopien an die Fraktionen der Tiergartener BVV und an die Presse.



Hiermit erhebe ich gegen den Plan, am Unterhafen in Neukölln ein zweimal 100 Megawatt Gasturbinenkraftwerk zu errichten.

Ich halte den Bau eines Kraftwerkes am Unterhafen i
Neukölln aus folgenden Gründen für unverantwortlich:

- UNTERSCHREIBT DAS AN DEN
STADTTEILSTÄNDEN oder sonstwie bis ENDE FEBRUAR

**Im vergangenen Jahr rund
70000 Wehrdienstverweigerer
Maßregelungen wegen Streiks im Zivildienst angekündigt**

Die Bürgerinitiative Westtangente (BIW) will zum 4.6.78 (1 Tag vor dem "Tag der Umwelt") eine Fahrraddemo, sprich Sternfahrt, zum Tiergarten organisieren. Außerdem sollen am gleichen Tag auch in anderen Städten (BRD? Ausland) Fahrraddemos durchgeführt werden. Danach, dabei, dazu ist ein Fest geplant.

Zum Organisieren: Alle BI's setzen sich mit der BIW in Verbindung.!!!!!!!!!!!!!!

der Ev. Studentengemeinde an der PH Berlin
zur geplanten Streichung im § 1 des Schulgesetzes:

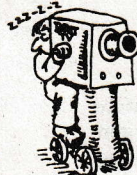
" Der nazistischen Ideologie unerbittlich entgegen-
stehen" als Erziehungsziel unvermindert wichtig und
notwendig!"

Zur gleichen Zeit müssen wir mit Bestürzung erfahren, daß ein wegen schwerer Brandstiftung verurteilter Rechtsextremist einen Journalisten bei der Urteilsverkündung vor Gericht blutig schlägt und rechtsextremistische Zuhörer sogar mit Mord drohen. Dies alles geschieht in Berlin wenige Tage vor dem 30. Jan. 78. Vor 45 Jahren, am 30. Jan. 1933, begann die zwölfjährige menschenverachtende und zerstörende Herrschaft des Nationalsozialismus in Deutschland. Wir haben und entschlossen, die Meldungen und dieses Datum nicht nur zur Kenntnis zu nehmen. Besonders betroffen hat uns als christliche Gemeinde im Erziehungsbereich die geplante Streichung des § 1 des Schulgesetzes, gegen die sich bereits die bei den Vereinten Nationen akkreditierte Internationale Liga für Menschenrechte Sektion Berlin, sowie der GEW ausgesprochen haben.

Wir stellen fest:
Das im § 1 des Schulgesetzes enthaltene Erziehungs-
ziel "der nazistischen Ideologie anerkanntlich ent-
gegen(zu)-stehen" ist heute, angesichts der besorg-
niserregenden Zunahme verharmlosender "Objektivie-
rung und "Rehabilitierung" des Nationalsozialismus
in den Medien sowie zunehmender antisemitischer und
neo-nazistischer Aktivitäten gerade von Jugendlichen
"unvermindert wichtig und notwendig!!!!"
Berlin den 30.1.78



Lieber Fedja,
Du hast Dir ja ganz schön Mühe gemacht mit deinem
3 seitigen Artikel. Leider haben wir ihn überhaupt
nicht verstanden. Trotz größter Mühe konnten wir
keinen Sinn darin finden (jedenfalls bei 4/5nicht)
Vielleicht schreibst du das nochmal wenn du klar
denken kannst.
P.S. Wir haben überlegt die ersten und die letzten
Sätze abzudrucken um den Unsinn darzustellen, haben
es aber gelassen weil das auch kein Bild gibt. Also
sei nicht böse, mach's klarer, Ride on!!!!!!!!!!!!



Lies keine Oden, mein Sohn, lies die Fahrpläne
sie sind genauer. Roll die Seekarten auf, eh
es zu spät ist. Sei wachsam, sich nicht.
Der Tag kommt, wo sie wieder Listen ans Tor
schlagen und malen den Neinsagern auf die Brust
Zinken. Lern anerkannt gehn, lern mehr als ich:
das Viertel wechseln, den Paß, das Gesicht.
Versteh dich auf den kleinen Verrat,
die tägliche schmutzige Rettung. Nützlich
sind die Enzykliken zum Feueranzünden,
die Manifest-Butter einzuwickeln und Salz
für die Wehrlosen. Wut und Geduld sind nötig
ind die Lungen der Macht zu blasen
den feinen tödlichen Staub, gemahlen
von denen, die viel gelernt haben,

Enzensberger

Was wir bei einer Kraftwerksbesichtigung
sahen und hörten



Wir, das sind Mitglieder der BI Energieplanung und Umweltschutz, die sich das KW Reuter ansahen. Zuerst wurde uns in einem extra dafür vorgesehenen Raum vom Führungsingenieur die Betriebstechnik und Wirkungsweise eines Kraftwerkes erklärt. Die Ausführungen waren technisch recht detailliert, da ein Grundwissen von uns als BI-Mitglieder vorausgesetzt wurde. Auf die Wiedergabe all dieser Zahlen will ich verzichten, die kann man auch nachlesen. Nach einer halben Stunde Vortrag begann unser Rundgang durch die Anlagen. Wir waren auch oben auf dem Schornstein, wo und die für das neue KW in Frage kommenden Standorte gezeigt wurden. Dann gings noch zu den Turbinen und zur Warte (Kontroll- und Regelungszentrale). Die dort arbeitenden Leute schienen mir Aufsteigertypen zu sein, wir konnten uns nicht besonders gut mit ihnen unterhalten ("keiner will heute mehr arbeiten, die Lehrlinge sind zu dumm und zu unzuverlässig," etc.). Danach zurück zum Besucherraum - Diskussion -

Neue Erkenntnisse darf sich niemand versprechen, zumindest sofern es sich um für uns relevante Ansatzpunkte handelt. Alles was wir dort zu hören bekamen ist auch in diversen Publikationen der Bewag und im Tagesspiegel nachzulesen. Ansonsten viel technischer Kleinkram. Zur Schadstoffemission: Die zusätzliche Luftverschmutzung durch ein weiteres KW ist in Kreuzberg z. B. nicht mehr nachweisbar, weil die Abgase sich schon verteilt hätten. Außerdem werden sowieso nur schwefelarme Brennstoffe verwendet. Einleuchtend, daß Entschwefelungsanlagen überflüssig sind; die Bewag baut sie natürlich gerne ein, wenn wir die 2 Pf pro kWh mehr zahlen wollen. Stickoxide (NO_x)? Da kann man leider nichts machen.

Es nutzt auch wenig sich ganz raffinierte Fragen auszu-denken, entweder weicht er aus (professioneller Schwätzer), zieht sich auf betriebswirtschaftliche Argumentation zurück oder er beantwortet die Frage einfach nicht (Betriebsgeheimnis).

So eine Besichtigung lohnt sich eigentlich nur, um so ein KW mal von innen zu betrachten und einen Überblick über die Funktionsweise zu erhalten, nicht aber für Diskussionen um Umweltschutzprobleme.

Wie geht eine Anmeldung vonstatten?
Führungen werden nur für Gruppen veranstaltet.
Anmeldung bei Frau Weiß 267-2136, ca. 4 Wochen vorher
Führungen Mo-Fr 9.30 und 14.00 Uhr, max 30 Pers.



Der Dritte Weg oder
Wohin führt die Grüne Partei?

Ich beziehe mich im folgenden auf die Beiträge im ID 206 (davon ist einer im BUG 1003 vom 17.12.77 erschienen) und BUG 1004 vom 9.1.78. Ich will unterscheiden zwischen einer Partei und einer sog. Grünen Liste. Zuerst zur Partei: Die Umweltschutzpartei scheint mir der folgenreichste Schritt zur Befriedung und Spaltung der Ökologiebewegung zu sein. Die scheinbaren kurzfristigen taktischen Vorteile werden unendlich klein gegen die langfristig zu erwartenden Nachteile: Parteien entwickeln eine Eigendynamik, die wir sowohl an den bürgerlichen Parteien als auch an den sog. linken Parteien gut beobachten können (vgl. Wir waren die stärkste der Parteien, rotbuch 117): Autoritäten, Führungspositionen, Konkurrenz, Parteiprofis, Formalisierung, Apparat, Trägheit, Karteien und -leichen... Warum sollte es uns als "undog" Linke eigentlich anders ergehen als den sog. normalen Bürgern, zumal ähnliche Tendenzen bereits in der BI Energieplanung und Umweltschutz zu beobachten sind.

Ein weiterer Grund ist die Kalkulierbarkeit der Politik einer Partei, da sie sich zwangsläufig im Rahmen der Gesetze bewegen muß (formale Verantwortung einzelner Personen). Das soll natürlich nicht heißen, daß die Solidarisierung z. B. mit den Grohnde-Angeklagten zwangsläufig ein Gerichtsverfahren gegen die entsprechende Partei nach sich zieht, die Gefahr für exponierte (= herausgestellte) Personen ist aber erheblich größer. Unsere Stärke ist doch gerade unsere Unberechenbarkeit. Hinzu kommt, daß wir die Chance aufgeben, eine echt Alternative zu den Parteien zu sei. Echt Alternative deshalb, weil wir niemand vertreten, keine Interessen delegieren, sondern unsere Interessen selbst - daher viel vehementer (heftiger) - in die Hand nehmen. Viele Leute haben wirklich inzwischen festgestellt, daß die Parteien sich lediglich in ihren Versprechungen, nicht aber in ihren Handlungen voneinander unterscheiden. Was fehlt ist daher nicht die Partei mit dem tollen Programm, sondern eine andere als die parlamentarisch reglementierte Form der Interessenwahrnehmung. Dies ist überdies der tendenzielle Untergang dieser "Demokratie", tausendmal gefährlicher als ein paar Bömbchen. Fehlt die Massenloyalität (bzw. kann sich der Staat nicht mehr legitimieren) nützt auch die beste Armee nicht mehr viel.

SECHS

Deshalb: Schüren wir weiter das Mißtrauen gegen diesen Staat und zeigen gleichzeitig eine Alternative, die gangbar ist für viele! Nur bitte nicht die perspektivlose Entlarvungsstrategie - wir sollten uns und die Leute nicht noch mehr frustrieren, sondern vielmehr versuchen, sie zu ermutigen, sich nicht alles gefallen zu lassen und sich zu wehren.

Die Grünen Listen scheitern einen Ausweg darzustellen, um diesem Dilemma zu entkommen. Möglicherweise gilt dies für ländliche Gebiete, in denen die Zusammenstzung von Umweltschutzinitiativen sich von den städtischen sehr unterscheidet. Gefährlich sind die Grünen Listen insofern, da ihre Entwicklung zu einer Partei sehr wahrscheinlich ist.

Grundsätzlich halte ich die bundesweite Umweltschutzpartei (z. B. aus dem BBU hervorgehend) für genauso falsch wie die Beschränkung des Widerstandes gegen Kernkraftwerke auf bestimmte Aktionsformen. Aber eben diese Beschränkung wäre die Konsequenz einer Parteigründung. Nur kann man diese kaum wieder rückgängig machen. Ich will nur an die leidige Diskussion um die Verantwortlichkeit beim INFO erinnern, die sich z. B. an der Frage: Demonstration vor Bauplatz oder anderswo entzünden kann und sicherlich zur Spaltung führt (vgl. INFO).

Um nicht zu lange um die Umweltschutzpartei zu diskutieren, schlage ich einen Aufruf zum Wahlboykott vor. Die Begründung sollt sich aus obiger Parteikritik ergeben, wenn nicht, können das ja mal andere im nächsten INFO begründen.



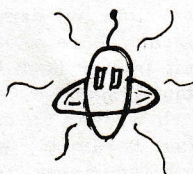
Eindrücke eines Besuchers von der TVIND-Ausstellung 'Dauerernde Energie'.

Die Ausstellung wird hauptsächlich von der AG Spak (Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise)) sowie andern AKW-Gegnern getragen. Die Ausstellung läuft jetzt als nächstes in Helmstedt, dann in Braunschweig, insgesamt 2 Jahre in der ganzen BRD. Eine Broschüre dazu, Modelle zur alternativen Technologie, Projekte zusammen mit Lehrern, sowie eine Beteiligung am Umweltfestivale in Berlin (Juni 78) sind geplant. Zum bisherigen Verlauf kann man/frau sagen, daß das Interesse an der Ausstellung reichlich groß war. Die Bild- und Wandtafeln, die Dias vom Windmühlenbau in Tvind und zu alternativen Technologie-Experimenten, die beiden Sonnenkollektoren (einer davon ist von Leuten aus der BI Energieplanung und Umweltschutz, Stadtteilgruppe Kreuzberg 36 gebaut worden), sowie der Film über AKW's waren anschaulich, so daß auch Leute, die sich bisher wenig damit beschäftigt haben, einen guten Einstieg bekommen konnten. Auf diesen Personenkreis war die Ausstellung auch hauptsächlich zugeschnitten. Da--bie kamen Leute die sich intensiver informieren wollten, 'n bißchen zu kurz. Auch hätten einige gern mehr über die Problematiken der Tvind-Schulen, wie Zusammenleben, Selbstorganisation etc., erfahren. ins SJSZ kamen die meisten Leute (Zentrale Lage), obwohl hier der Raum zu Klein war, so daß alles ein bißchen gedrängt und unübersichtlich wirkte. Insgesamt kamen mehrere tausend Besucher, darunter auch 'ne Menge Schulklassen; 2-3000 kamen allein zum Theater. Das Geld was reinkam, (Spenden, Bücher) wurde, abzüglich Unkosten, an die AG Spak, das Russel-Tribunal, sowie das Agit-komitee gespendet.

Alles in allem: endlich mal wieder was antunendes in dieser Einöde!

Erwin Sonnenkraft

Es war einmal ein kleiner



Tsp. 27. 1. 78

Radioaktive Strahlung im nordwestlichen Kanada registriert

Tsp. 28. 1. 78

Kanadier sprechen von gefährlicher radioaktiver Strahlung

Tsp. 29. 1. 78

Radioaktivität stammt offenbar nicht von dem Sowjetsatelliten

Tsp. 31. 1. 78

Vermutlich doch Wrack-Teile des Sowjet-Satelliten gefunden oh je!!!!!!!

Layout beim Info-Bug



-Antwort auf den Brief der Genossen vom 2. Juni
(abgedruckt im INFO BUG 184)

I. zu "die Zersplitterung überwinden"

es stimmt nicht, daß die Zugeständnisse an die Jugend- und Studentenbewegung einfach gestrichen werden konnten (es gibt immer noch 5 selbstverwaltete Jugendzentren, und wenn in einigen z. Z. weniger läuft, dann läuft, dann liegt's nicht an einer Offensive des Staates; bis jetzt jedenfalls gibts auch noch einen duften PH-Asta etc.) genausowenig wie der Staatsapparat widerspruchslos dem des III. Reiches überlegen gemacht werden konnte. Die Kontrolle ist nicht halb so wirkungsvoll wie die Schweine immer tun, ich könnte Seiten mit Beispielen füllen, aber es fallen immer wieder zu viele Leute (ihr anscheinend auch ein bißchen) auf deren Propaganda rein. Klar ist auch, daß diese schwache und zersplitterte Linke allein durch ihre Existenz noch eine Bedrohung ist, auch wenn die Gefahr im Moment nicht so akut ist. Richtig ist natürlich, daß die Zersplitterung die Bekämpfung doch sehr erleichtert.

II. zu "die Alternativen"

wer sagt auch eigentlich, daß die Projekte keine Ausgangsbasis sind für den nächsten Schritt, für die Durchsetzung der eigenen Interessen? Was spielt sich denn eurer Meinung nach ab, in Kinder- u. Schülerläden, Stadtteil- u. Jugendzentren, von denen gibt es immer noch genügend (genügend kann es natürlich nicht geben, aber es ist schon eine stattliche Anzahl), die nicht zerschlagen oder korrumpiert sind. Ein bißchen anders ist es natürlich mit den Arbeitskollektiven, die sich je nach Sparte mehr oder weniger an den kapitalistischen Marktbedingungen orientieren müssen, aber die sind ja auch nicht an sich schon links, sondern im wesentlichen durch ihre Funktion, Kraft Freude und Energie für die Auseinandersetzung in anderen Bereichen zu haben (ihr wißt doch selber, wie wenig Zeit Mann/Frau nach 8 Stunden ackern für die vielen wichtigen Sachen hat)

III. zu "der Marsch durch die Institutionen"

die Marschierer durch die Institutionen sind noch ziemlich zahlreich da, weder geflogen noch einfach gekauft. Vielleicht nicht die, die den Staatsschutz oder den Vorstand von Siemens von innen aufrollen wollten, aber es gibt noch eine ganze Reihe von guten Genossen, z. B. in den Gewerkschaften und Verbänden. Auf jeden Fall ist das richtig, wenn die Genossen in den Institutionen sich mit den anderen für ihre Interessen einsetzen, und dieser Kampf richtet sich sehr wohl auch gegen den Staat.

IV. zu "die lieben Widersprüche"

Wieso bleibt nur die Wahl zwischen Reformismus und Rauschmiß? Für einen Lehrer heißt doch Sabotage erstmal Erziehung zum Widerspruch, zur Eigenständigkeit; und in der Hinsicht kann ein Lehrer auch heute noch allerhand machen, auch wenn's schwieriger geworden ist. Klar ging und geht das nie total offen, aber das gehts auch in der Fabrik nicht. Selbst wenn du in einer Firma anfängst, nur um Waffenlieferungen in den Iran zu sabotieren, mußt du schließlich auch mal arbeiten = objektiv für den Schah arbeiten. Auch ihr haut euren Schießern nicht bei jeder kleinen Sauerei einen auf die Nase, sondern höchstens, wenn es die Sache wirklich wert ist. Das ist bei Lehrern und Erziehern natürlich nicht ganz so platt, aber mit euren knalligen Thesen macht ihr es euch echt zu einfach.

V. zu "den Staat abschaffen - nicht reformieren"

Unde ich gut so, auch wenn mir nicht so klar ist, wer eigentlich die bekämpfte Position vertritt.

VI. zu "Unsere Isolation im Volk"

Den ersten Teil finde ich unheimlich gut, wobei ich euch nochmal zugute halten will, daß der größte Teil der Linken keine Auseinandersetzung mit euch gewollt oder gar versucht hat, daß im Gegenteil einige insgeheim doch froh waren, wenn die Bullen das Problem Guerilla für sie gelöst haben. Auf jeden Fall ist diese Überlegung und ein so offener Brief als Konsequenz ein sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung, auch um den anderen das Nachdenken um eure Positionen nicht länger zu ersparen. Ziemlich falsch finde ich es nun wieder, Leute wie Cohn-Bendit, SB oder den Lahmen Arsch einfach als Hilfsbullen abzutun und nicht mehr als Gesprächspartner zu akzeptieren (siehe "die Zersplitterung überwinden"). Die Namensliste ist klar eine Sauerei, aber sie ist nicht bei den Bullen gelandet, und auf jeder Arbeit hast du genug Kollegen, die jeden Guerillero auch ohne Belohnung verpfeifen würden, ohne daß du sie deswegen ignorieren kannst, mit wem wollt ihr eigentlich reden, in wessen Konflikten intervenieren, wenn ihr diese Leute schon auf der Seite der Bullen seht?

Zur "Kritik am RAF-Konzept" und "das Volk und die Guerilla" kann ich so wie ihr das sagt, auch unterschreiben.

VII. zu "alltägliches Widerstandsverhalten"

ist in der Tendenz schon richtig, aber ich finds schon merkwürdig, daß ihr nur knallharte Aktionen vorschlagt. So sehr viele Rathäuser habt ihr früher auch nicht kleingemacht und wohl auch keinen Bullen bis auf die Unterhose ausgezogen. Im "tapferen Schneiderlein" war die Palette der nichtlegalen Widerstandsformen viel größer und reicht vom Sprühen (nach Stammheim war ich echt verblüfft, wieviele Parolen in der Stadt zu sehen waren) bis zum Bekämpfen von unliebsamen Personen. Wichtig ist bei allen Aktionen vor allem die Nachmachbarkeit, und d.h. in erster Linie nicht technisch, sondern persönlich. Wieviele Leute trauen sich nicht, auf einer Demo einen Stein zu werfen, obwohl ihr Nachbar es tut, einfach weil sie Angst haben, unsicher sind. Auf diese innere Sperre kommt es nämlich auch an, und das laßt ihr anscheinend aus den Augen. Das heißt nicht, daß ich eure Vorschläge falsch finde, aber sie sind wirklich nur das äußerste, "härteste" Ende eines sehr breiten Spektrums. Sicher träume ich auch von solchen Sachen, aber wir hier müssen sie ja dann auch machen.

VIII. zu "Legalität - wessen Legalität?"

Ist erstmal richtig, aber es hört sich sehr so an, als ob es ausschließlich Sache des Staates ist, was so alles illegal ist. Letzendes ist es ja auch so, aber bis dahin gibt es noch eine Reihe von Hindernissen in Form von öffentlicher Meinung. Warum muß wohl der Leber jetzt gehen oder Maihofer dem Traube 30.000 DM zahlen? doch nur, weil es hierzu-lande noch zuviel Widerspruch gegen Sachen wie "Lausangriffe" gibt. Klar hören MAD und Verfassungsschutz deswegen nicht auf damit, aber ein offenes Hinwegsetzen über die eigenen Gesetze und Grundsätze (die nach außen propagierten) ruft immer noch (obwohls weniger wird) Empörung auch bei staatstragenden Gruppen hervor, und da "unser" Staat immer noch wesentlich darüber funktioniert, daß er sich als Rechtsstaat behauptet, kann er diesen Widerspruch auch nicht einfach ignorieren. So hat der Bundestag nach den schleierhaften Ereignissen auch nicht jede Verschärfung beschlossen, für die es eine Mehrheit gegeben hätte. Diese Widersprüche werden schrittweise abgebaut, und zwar so schnell wie möglich, aber die Auseinandersetzung darüber läßt uns noch ne Menge Ansatzpunkte für Gegenwehr. Klar ist natürlich, daß wir nicht aufhören uns zu wehren, wenn wir in dieser Auseinandersetzung verlieren.



IX. zu "z.B. das Info-Bug"

ich hab das Gefühl, daß ihr gar nicht so ganz mitbekommen habt, worum es beim INFO gegangen ist. Funktion des alten INFOs war es doch nicht nur, a la "Revolutionärer Zorn" Kommandoerklärungen abzdrukken, sondern erstmal für jede(n) offen zu sein, alle konnten es kaufen, reinschreiben, und mitmachen. Zumindest das letzte fällt beim Konspi-Info weg, und Leute abseits der Scene können da heute oft auch keinen Artikel unterbringen. Besser finde ich es da schon, daß die Gruppen, die das Rotationsmodell des BUG mitmachen immer öfter das BUG ohne Impressum = unzensiert herausbringen, weil auf die Art das Info-Machen nicht zur Arbeit einiger weniger "Konspi-Spezialisten" wird, sondern von den Leuten insgesamt, auf die sich das Info stützt/bezieht gemacht wird, d.h. Illegalität wirklich massenhaft und nicht Eliteaufgabe wird, denn das BUG-Konzept gibt allen Leuten eine Möglichkeit zur Teilnahme. So werde ich das Gefühl nicht los, daß ihr im Zweifelsfall doch lieber auf die illegalen Wege abfährt und die Legalen etwas geringschätzig betrachtet (müßt ihr mal sagen, inwieweit das ein unzutreffendes Gefühl ist)

X. zu "Gewaltfrage"

deshalb finde ich es auch nochmal wichtig, zu betonen, daß der "bewaffnete Kampf" nur ein Teil unseres Kampfes ist, und er nur dann sinnvoll ist, wenn er massenhaft nachvollziehbar/nachmachbar ist, wenn er sich auf vorhandene Widersprüche/Auseinandersetzungen/Kämpfe bezieht

XI. zu "wie kommen wir weiter"

Ist klar. (Mit dem "tapferen Schneiderlein" habe ich nur an den oben genannten Punkten etwas Schwierigkeiten, sonst finde ich es auch gut)

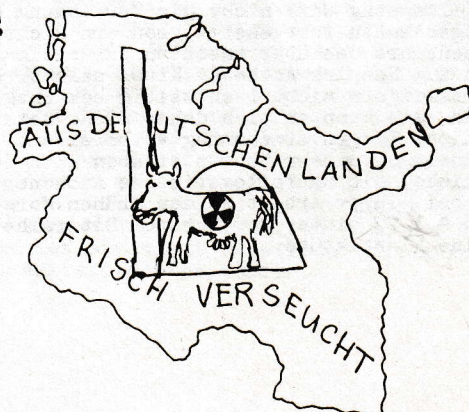
Insgesamt habe ich mit dem Brief stellenweise Schwierigkeiten, weil er mir teils sehr formelhaft vorgekommen ist, ohne eine Konkretisierung, wie das gesagt nun eigentlich aussehen kann. Dies ist vom Knast aus, besonders wenn Mensch schon länger drin ist, wahrscheinlich auch kaum zu leisten. Auf jeden Fall fand ich es unheimlich gut, daß ihr wieder in die Diskussion mit den Genossen draußen eingestiegen seid. Zum einen, weil ich glaube, daß die falsche Politik z.B. der RAF zu einem großen Teil daher kommt, daß die Leute seit langem nur noch um sich und ihre Analysen kreisen ohne noch einen Inhaltlichen (organisatorischen schon gar nicht) Bezug zu den Auseinandersetzungen hier zu haben. Deswegen kann fast niemand mehr was mit ihren Aktionen und Erklärungen anfangen, weil sie sich auf niemanden als die RAF und vielleicht den Staat beziehen. Zum anderen, weil ich es gut finde, wenn hier draußen die Gewaltdiskussion nicht mehr von einigen Leuten auf die Formel Guerilla=RAF=Scheißpolitik gebracht werden kann, die dann jede Auseinandersetzung über Illegalität und rev. Gewalt verhindern soll mit der Behauptung, Guerilla müsse notwendig zur RAF-Politik werden (so der Pflasterstrand)

Das wärs für heute! Freiheit und Glück!!!!



WIR ZENSURIEREN WEITER

INHALT: SEHR GEWICHTIG!



"Grüne Woche" '78



ACHT !

Radioaktives aus Schleswig-Holstein

frisch auf den Tisch

Unter diesem Motto standen einige Aktivitäten der Stadtteilgruppe Kreuzberg 61 (CHAMISSOLADEN) der BI Energieplanung und Umweltschutz aus Anlass der diesjährigen "Grünen Woche" in Berlin. Den Kreuzberger Kraftis ging es dabei vor allem um Vorgänge in der Nordsee, die bislang kaum bekannt sind (siehe besonderen Kasten).

Zunächst wurden 5000 Flugblätter sowie einige Plakate zu dem Thema gedruckt. Wegen der auf der "Grünen Woche" konzentrierten Werkschützer, Spitzel und Greifkommandos der Polizei konnte das Material dort jedoch nicht offen von den Kraft-Frauen und -Männern verteilt werden. Diese Aufgabe übernahmen dankenswerter Weise die Evangelische, Katholische und die Land-Jugend an ihren Ständen. Die Kraftis agierten dann nur vor dem Haupteingang zum Messegelände ("Fischerb Fritze fischte frische radioaktive Fische ...") - allerdings meist nur kurze Zeit, denn es war saukalt. Neben den üblichen Sprüchen ("Geh' doch rüber ...", "Arbeitsscheues Gesindel"), die in den Ohren klangen, stachen Punk-Typen in die Augen. Es war ganz schön schlimm. Schliesslich kleideten sich die BI'ler mit weissen Bettlaken und Radioaktivitätszeichen, damit sie nicht auch noch als KVZ- oder Rote Fahne-Verkäufer ange-macht wurden.

Dennoch hat die Kiste hoffentlich auch einiges gebracht. Viele Leute haben Flugblätter mitgenommen und an den Ständen der Jugendgruppen auf der "Grünen Woche" wurde feste diskutiert. Es erscheint auch gerade jetzt sinnvoll, der Pro-Atom-Kampagne auf allen Kanälen mit Hinweisen auf die Gefahren von Atomanlagen entgegenzutreten. Dazu eignet sich die Nordsee-Geschichte besonders.

Überdies ist den Atomgegner im Nordsee-Raum und insbesondere in Nordfriesland der Rücken gestärkt worden. Es wird sicherlich so manchem Bauern-Bonzen und Fremdenverkehrs-Macker zu denken geben, wenn bei für den Handel so wichtigen Veranstaltungen wie der "Grünen Woche" Informationen über radioaktive Verseuchungen bekannt werden. Gerade für Gebiete wie Nordfriesland ist es von ungeheurer Bedeutung, wenn Bauernverbände, Fischereigenossenschaften und Fremdenverkehrsverbände Stellungnahmen gegen Atomenergie abgeben und den Widerstand gegen Atomanlagen mittragen würden. Die Aktionen auf der "Grünen Woche" sollten auch dazu beitragen.

Weitere Initiativen in dieser Richtung (z.B. bei der "Tourismusbörse" im März) sind seitens der Kreuzberger Kraftis nie auszuschliessen ...

In der zweiten Prozeßwoche ging es einmal um die Einlassungen zur Sache von Enno Schwall und Hans-Joachim Schlehuber, und zum anderen um die ersten Zeugenvernehmungen zum Komplex randanschlag auf den Aachener Gloria-Palast.

Zu Beginn des vierten Prozeßtages ließ sich Enno-Schwall ausführlich zur Anklage ein. Insbesondere erläuterte er, daß und warum er mit Gerd Albertus, dem zweiten Hauptangeklagten nach Aachen gefahren sei, und daß er dort den "Entebbe" film angesehen habe.. Ebenso wie Gerd Albertus, habe er erhebliche Kritik an diesem auch allgemein umstrittenen Film gehabt, und wollte versuchen, durch Diskussion über diesen Film mit den Besuchern selbst, dessen Charakter aufzuzeigen, und durch kritische Öffentlichkeit seine Absetzung erzwingen. Dazu sei es nicht gekommen, weil sie sich observiert glaubten. Er bestritt jedoch, irgendwas mit dem versuchten Brandanschlag zu tun zu haben. Ebenso ging er auf die weiteren Vorwürfe der Anklage ein, und erklärte, daß er nicht Mitglied der Revolutionären Zelle sei. Er gab weiterhin an, absolut nichts mit den Plänen der Geiselnahme einer Ministerin zu tun zu haben.

Der als "Unterstützer einer Terroristischen Vereinigung" angeklagte Schlehuber äußerte sich eingehend zu sämtlichen Anklagevorwürfen. Er schilderte, wie eine Umzugskiste in seine Wohnung gekommen war, deren strafbarer Inhalt ihm nicht bekannt war. Im Kern der Anklage gegen ihn ging es um nichts anderes als um "Kontaktschuld" (siehe seine Bekanntschaft mit Enno) und Gesinnungsverfolgung. Seine "terroristische Gesinnung" werde ihm von der Anklage ausschließlich über ein paar beschlagnahmte Bücher angehängt. In den nächsten zweieinhalb Prozeßtagen wurden fünf Zeugen vernommen. Der Observationsbeamte Allebrodt besaß zunächst eine uneingeschränkte Aussagegenehmigung. Diese wurde im Verlauf der weiteren Vernehmung nach Rücksprache mit seinem Vorgesetzten erheblich eingeschränkt. Dies führte zu einem dazu, daß das Verfahren unverhältnismäßig stark in die Länge gezogen wurde und wird zum anderen zu der Unmöglichkeit der Verteidigung, wichtige Fragen zu klären. Trotz der erheblichen Aussageeinschränkungen, entwickelte sich der Zeuge im Verlauf seiner Aussagen in erhebliche Widersprüche. So behauptete er z.B. ursprünglich, er habe zweifelsfrei die beiden Hauptangeklagten in einem Kölner Lokal gesehen und dann sei ein unbekannter Dritter hinzugekommen. Am LSchluß der Vernehmung mußte er jedoch einräumen, daß er es nicht für ausgeschlossen halte, Schwall sei der später dazugekommene dritte gewesen.. Zudem behauptete er ursprünglich, Albertus nicht gekannt zu haben, mußte aber später zugeben, daß er ihn von einem Foto her kannte, und sogar ein Polizeifoto von ihm bei sich trug.

Die Unbefangenheit dieses Zeugen erscheint vor dem Hintergrund seiner spontanen Äußerung, "ich muß ehrlich sagen, ich hätte das dem Herrn Albarus gar nicht zugetraut" als äußerst fragwürdig. Im Kollegenkreis sei über diesen Fall gesprochen worden, und er sei jetzt persönlich davon überzeugt, die beiden Angeklagten hätten versucht, den Brandsatz ins Aachener Kino zu legen.

Am 3. Verhandlungstag wird nicht die Vernehmung des Observierungsbeamten fortgesetzt, sondern Richter Wagner präsentiert den überraschten Verteidigern vier Zeugen zum Komplex Aachener Kino. selbst. Dies war den Verteidigern nicht rechtzeitig bekanntgegeben worden, sie konnten sich daher nicht detailliert auf diese Zeugenvernehmung vorbereiten. Bei der Vernehmung dieser Zeugen ergaben sich folgende Einblicke, die Raupflegerin des Aachener Kinos fand bei ihrer Arbeit in den frühen Morgenstunden des 4.1.77 hinter der letzten Sitzreihe im Kino eine Plastiktüte.

Auf diese Tüte wurde sie nur zufällig durch ein Zwischen den Sitzen hervorstehenden Drahtende aufmerksam. Den Inhalt dieser schweren Tüte packte sie im Foyer aus und benachrichtigte, da sie den Eindruck gewann, es handle sich um einen gefährlichen Gegenstand, die Polizei. Eine Überraschende Wende nahm die Vernehmung dieser Zeugin, als sie von einem jungen Mann berichtet, der sich am Morgen mindestens 1 Stunde vor dem Kino aufhielt und sie beobachtete. Obwohl sie dieses am selben Morgen der Polizei bekanntgab, befand sich in den Prozeßakten erstaunlicherweise kein Bericht über weitere Ermittlungen zu dieser Person. Ein Antrag der Verteidigung, den Prozeß auszusetzen und die fehlenden Akten beizuziehen, wurde abgelehnt. Doch die Vernehmung wurde unterbrochen, und der Bericht über die Vernehmung der Zeugin bei der Polizei zu dieser Beobachtung angefordert.

Nach Auskunft dieses Berichtes wurde folgendes deutlich: Es gab hier aktenkundliche Ermittlungen, die das Gericht und die Verteidigung noch nicht zu Gesicht bekommen haben. Deutlich wird: Nach Festnahme der beiden Angeklagten, Albertus und Schwall konzentrierten sich die Ermittlungen nur noch auf deren Überführung. Weiteren Hinweisen wurde nicht nachgegangen.

Dergleichen Polizist, der diese Spur nicht weiter verfolgte, erklärte sich in Bezug auf Sprengstofffragen für inkompetent. Gleichwohl prägte er das Wort "Brandsprengsatz" für die Gegenstände in der Plastiktüte. Dieser Begriff-er begründet ein viel weiter gehenden Verdacht als ein einfacher Brandsatz- zieht sich seitdem durch sämtliche Ermittlungen und Akten.

Die "Entschärfung" des Brandsatzes führte zu seiner Zündung. Alle Zeugen erklärten übereinstimmend, daß dabei keine Zerstörungen erfolgten, die auf einen Sprengsatz hindeuten würden.

Solidaritätskont G. Albertus u.a.
Sparkasse Bochum Querenburg Kto.Nr. 133072991
(BLZ 43050001)



I.

-du-
begreifst du nicht
die furcht zwingt sie zum terror
der arsch geht ihnen mit grundeis
wenn sie an unsre stärke denken
und nur die schwachen
werden aus der welt geschaffen
zermalmt bis zur unkenntlichkeit.

II.

und bei der nächsten säuberungsaktion
kannst du dabei sein
wenn du aufgibst, genosse
sind sie deine richter
und machen seife aus dir
nachdem sie dich eingeschlüpfert haben.
da hilft dir keine lustige witze
über den traurigen abend
und wenn wir dann den wärtern zeitweise gesellschaft
leisten
in den bullenanstalten
vergiß die zeichen nicht
nach denen wir dich umarmen
und schlag sie windelweich mit deiner kraft
und deiner hoffnung auf ein gerechtes leben.

Was ist bisher gelaufen vom Solidaritätskomitee:

- 2 Demos mit jeweils 5000 Menschen gegen die Inhaftierung der Agit-Drucker.
 - Rechtsanwälte, der VLB (Vereinigung Linker Buchläden) und die ESG gaben öffentliche Erklärungen zu den Vorfällen ab.
 - Delegierte der Bezirksversammlung der ig-Druck (Moabit, Charlottenburg) verlasen auf dem Biermannkonzert, wo etwa 8000 Leute anwesend waren, eine Solidaritätserklärung.
 - Als Zeichen ihrer Solidarität lassen viele Gruppen der Kirche, Gewerkschaft und andere, ihre Flugblätter und Zeitung bei Agit drucken.
 - Auf Vollversammlungen, Arbeitsgruppen und sonstigem Anlaß werden Solidaritätserklärungen mit größter Mehrheit verabschiedet und durch Spenden die Arbeit des Komitees unterstützt.
 - Die Stellungnahme des Solidaritätskomitees mit der Forderung der sofortigen Freilassung der Agit-Drucker, Einstellung der laufenden Ermittlungsverfahren (etwa 55) wurden bisher unterschrieben von:
- BI Energieplanung und Umweltschutz
 Kollektiv Tommy-Weisbecker-Haus
 Kollektiv Georg von Rauch Haus
 Chamissoladen- und Blatt, ASTA-PH
 Frauengruppe des anderen Ladens
 Redaktion der Kreuzberger Stadtteilzeitung
 Arbeitstreff AEG runnestr.
 Attlingskollektiv eco-Verlag Zürich
 Komitee gegen Isolationshaft Zürich
 Aktion Strafvollzug Zürich, Bern, Basel
 TH, RH e.V. KB KSV Kreuzberger Frauengruppe
 "Rote Krallen" HAW, Schule für Erwachsenenbildung e.V.
 e.H. Bahlburg, Rordolf Lochmann
 Helmut Lessung, U. Preuss-Lausitz
 54 Gefangene aus Tegel, Filmgruppe der Andere Laden
 Kindergruppe des Anderen Ladens
 mehrere Rechtsanwälte, Freie Presse Wetzlar
 CNT Wetzlar, FAU Ortsgruppe Wetzlar
 Kulturzentrumsinitiative Düsseldorf-Ham
 "Am Erker" lit-Magazin aus Emsdetten, Spartakusbund
 - Eine Erklärung zu den Verhaftungen und den Hintergründen gaben ab: - ESG, Sozialistische Zeitschrift für Kunst und Gesellschaft
 Trotzistische Liga Deutschlands
 Berliner Hefte Zeitschrift für Kultur und Pol.
 27 Kollegen der Merkator Druckerei (Tagesspiegel und Abend), Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigter Kriegsdienstgegner e.V.
 P.P. Zahl, Weddinger Neue Zeitung,
 Agit-Druck Kollektiv, Eingriffe (Zeitung von Medizinern), Redaktion der 21 Stadtteilzeitung
 Moabit, Courage, Radikal, Heim und Erzieher Zeitschrift, Rotfront-Stadt, Esset-Westberliner
 Schülerzeitschrift, Lateinamerika-Nachrichten
 Aktionskollektiv der ZBW Zeitung
 Matt München, Keks-Verlag München
 - Stände in Stadtteilen, Wandmalereien, Sprayaktionen

Dies genügt aber nicht! Die Drucker sind immer noch im Knast. Deshalb unterstütze auch Du das Solidaritätskomitee. Kommt doch einfach mal Montags um 19 Uhr am Mehringdamm 99, Vorderhaus Keller, vorbei Jemand vom Agit-Komitee



Aktivitäten während des Tunix Kongresses waren 4 Stände in Stadtteilen, die teilweise zusammen mit Musikgruppen gemacht wurden und beim sogenannten "einfachen Bürger" sehr gut ankamen. Die erreichten "Volksmassen" zogen auch teilweise Parallelen zu m 3. Reich und jetzt in der BRD. Besonders Vertreter der sogenannten "Aalten Generation" zogen diese Parallelen. Der größte Erfolg bei den Ständen muß aber auf die Musikgruppen zurückgeführt werden, denn sie waren es die die Leute auf uns aufmerksam machten. Zudem Ständen kamen auch Leute die bei der Agitlotterie vom 1. Tunixtag ein Gewinnlos gezogen hatten. Es war die freudige Mitteilung, daß der/die Gewinner/in am Agitstand mitmachen sollte, konnte, wollte. Als weiteres wurden während Tunix ein Film zur Verhaftung der Frucker gezeigt mit anschließender Diskussion. Dabei kamen noch gute Ideen hereaus die hoffentlich auch angewendet werden. Übrigens: Jutta hatte Haftprüfungstermin. Die Schweine lassen Sie nicht raus. Also: Aktivitätääääääää tttttttttttttttteeeeeeeeeeeeeennnnnnnnnn!!!!!!!



Asta Uni Göttingen

Liebe Freunde!
 Voraussichtlich am 6.3. d.J. wird in Göttingen der Prozeß wegen Erstveröffentlichung des "Buback-Nachrufes" in der Göttinger Asta Zeitung "gn" beginnen. Abgeklagt sind 4 Studenten.
 Die beispiellose Hetzkampagne des letzten Jahres, in der jeder, der in der Auseinandersetzung um den Nachruf für die uneingeschränkte Informations- und Meinungsfreiheit Partei ergriff, sich damit dem Vorwurf der Zugehörigkeit zur Sympathisanten Szene des Terrorismus ausgesetzt sah, durfte noch gut in Erinnerung sein. Angesichts des bundesweiten Grommel- feuers der Massenmedien sahen sich auch nicht unerhebliche Teile der demokratischen bis hin zur liberalen Öffentlichkeit zu massiven Protesten veranlaßt.
 Aus diesem Grund messen wir auch heute den Prozessen eine hohe politische und öffentliche Bedeutung zu, zumal der Ausgang des Göttinger Verfahrens nicht ohne Wirkung sein dürfte auf die in verschiedenen Orten anhängigen Ermittlungen wegen Nachdrucks. Darüber täuschen auch die bisher in Düsseldorf und Bonn ergangenen Freisprüche nicht hinweg, da die von der Staatsanwaltschaft beantragten Berufungsverhandlungen auch hier noch ausstehen (vgl. als Hintergrundinformation Demokratie und Rechts, 4/77 und Kritische Justiz, Dez. 77)*

Es dürfte für die Diskussion um die Buback-Prozesse auch nicht unerheblich sein, daß ebenfalls im März die erste öffentliche Sitzung der Jury des 3. Russel- tribunals zum Thema "Repression in der BRD" stattfindet, an deren Vorbereitung eine breit in- und ausländische Öffentlichkeit beteiligt ist. Zu den Beweismaterialien zum Vorwurf der Einschränkung der Presse- und Informationsfreiheit in der BRD, über den die Jury zu befinden hat, gehört auch der gesamte Buback-Konflikt und die ihn begleitenden Polizeimaßnahmen gegen demokratische Institutionen und Einzelpersonen. Es ist daher auch in diesem Zusammenhang zu erwarten, daß die Göttinger Prozesse auf ein nicht unbeträchtliches Interesse im In- und Ausland stoßen werden.

EL-F

Buback

und die Folgen!

Vom Göttinger AStA werden daher folgende Schritte zur Vorbereitung und Durchführung der Prozesse ins Auge gefaßt:

- Bundesweite Herausgabe mehrerer Nummern der "Göttinger Nachrichten", in denen neben Solidaritäts-resolutionen, erichten über Unterstützungsveranstaltungen etc. vor allem noch einmal die inhaltliche Auseinandersetzung um den Prozessgegenstand aufgenommen werden soll. Alle Gruppen und Einzelpersonen sind aufgefordert, hierzu Beiträge zu verfassen.

- Durchführung eines Kongresses unter dem vorläufigen Thema "Entwicklung der Meinungsfreiheit in der BRD" an deren Vorbereitung neben den verschiedenen Gruppen und Personen in der BRD auch ausländische Studentenorganisationen und Russel-Initiativen beteiligt sein sollten.

- Demonstration in Göttingen zum Zeitpunkt des Kongresses.

Um eine möglichst frühzeitige Prozeßvorbereitung zu gewährleisten und vor allem die genauere Konzeption und Themenplanung eine evtl. Kongresses vornehmen zu können, wären wir auch dankbar, wenn Ihr heben einer Öffentlichkeitsarbeit um die Prozesse vor allem auch durch eingetragene Vorschläge und Beiträge diese Arbeit unterstützen würdet. Konkret möchten wir um folgende Dinge bitten:

- Möglichst frühzeitige Zusendung von Solidaritätsadressen zwecks Veröffentlichung
 - Durchführung von Unterstützungsveranstaltungen. Es besteht die Möglichkeit, hierzu in Absprache mit dem AStA Göttingen Vertreter als Referenten einzuladen.
 - Bereitstellung von Informationen aus anderen Orten sowie Zusendung eigener Publikationen, die zum Buback Konflikt Stellung nehmen.
 - direkte Unterstützung und Mitarbeit bei der Kongressvorbereitung bzw. Planung des Kongresses. (Stadt. Sparkasse Göttingen Kto.Nr. 1800 1263 Kennwort "Buback-Prozesse")
- Möglichst schnelle Verbreitung dieses Aufrufes und Information über den Prozeßtermin etc. in Alternativ- Studenten- FSR-Zeitungen und was es sonst noch alles gibt.

Bei weiteren Fragen oder bei Bedarf an zusätzlichen Informationen wendet Euch an: AStA Uni Göttingen
c/o J. Ahrends/B. Staib Eisenacherstr. 11
3400 Göttingen Tel. 0511/793515 oder 795251

Stell dir mal vor.....

Stell dir mal vor, dass du und ein paar Freunde spät aus'ner Kneipe kommen, so ganz gut drauf. Stell dir weiter vor, dass ihr dann an einer Bedürfnisanstalt vorbei geht, an die eben noch irgendwelche Freaks Sprüche sprühten. Interessiert bleibt ihr davor stehen um die Bedeutung des gesprühten zu erfassen. Im selben Moment hält ein weißer VW-Käfer, dem, du merkst es gleich, zwei der beliebten Zivis entsteigen. Diese sichern den vermeintlichen Tatort, funken nach Verstärkung und halten dich und deine Freunde in Schach. Jetzt kommen auch gleich die Wannan an, deine Freunde und du protestieren gegen diesen Bulleneinsatz, in dem irren Glauben an einen Rest von Rechtsstaatlichkeit. Auf diesen unverschämten Protest haben die Bullen gerade gewartet. "Alle gleich einkloppen!" meint ein Pig, was auch gleich mit Hilfe des Faustrechts umgesetzt wird. Wahlos werden aus dem Bürgerhaufen, der sich inzwischen recht stattlich angesammelt hat, brutal Leute gegriffen. Im gleichen Moment kommt noch mehr Verstärkung! Der rechte Staat funktioniert. Stell dir vor, der Abend der noch so irre gut gelaufen ist, endet im Knast.

Nach drei Stunden, ohne Vernehmung, ohne Protokoll, man staune sogar ohne ED-Behandlung, wirst du und deine Freunde entlassen. Der Oberbulle fragt ob du mit oder ohne lieber rauchst. Er entschuldigt sich obendrein noch für die Zivi-Brutales: "Es liegen massig Anzeigen gegen sie vor." Auf die Feststellung, das man mit solchen Methoden Leute in den Untergrund oder sonstwohin treibt: "Ja, ja, das ist ein wichtiger Aspekt, mehr kann ich dazu nicht sagen." Und nun zum Schluss stell dir vor, du und deine Freunde kriegen plötzlich Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung, Widerstand, Körperverletzung. Tatort: Bedürfnisanstalt!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!
aWo RECHT ZU UNRECHT WIRD WIRD WIDERSTAND ZU PFLICHT!
Alle Zeugen melden sich im Schlemmil!
Die Sache ist am 21.1.78 in 61. Arndtstr. passiertssssss



EYE ON!

WAS IST BLOSS BEI ZITTY LOS? STATT DISKUSSION
FRISTLOSE ENTLASSUNGEN!
AUFFORDERUNG ZU EINER ÖFFENTLICHEN DISKUSSION
UM UND IN ZITTY !!!!!!!!!!!!!

Am 23.12.77 hat der Geschäftsführer des ZITTY Verlags, Franz Grafe, gegen die Verlagsangestellten und Verlagsmitarbeitnehmer (Gesellschafter) Sonja Schwarz-Arendt (Anzeigen) und Norbert Wendling (Vertrieb) fristlose Kündigungen ausgesprochen. Bereits vorher war der angestellte Gesellschafter Holger Lewandowsky (Verlagssekretär) fristgemäß, aber gegen seinen Willen, gekündigt worden, ebenso wie der angestellte Anzeigensachbearbeiter Jörg Pasche, der vor seiner Anstellung vier Monate für den Verlag unentgeltlich gearbeitet hatte. Am 22.12.77 hatten die einen Tag später rausgeschmissenen Hausverbot erhalten und am 24.12. waren sie aus ihrem eigenen Verlag durch Einbau neuer Türschlösser ausgesperrt worden.

Getragen wurden diese Maßnahmen von den sechs verbleibenden Gesellschaftern und ihrem angestellten Geschäftsführer (alle gewerkschaftlich organisiert). Von den insgesamt zwölf Gesellschaftern hatten zwei bereits im Sommer ihre Arbeitsplätze räumen müssen. Ein weiterer weilt seit ca. 6 Monaten in den USA!

Die drei gekündigten Gesellschafter haben sich mit Kündigungsschutzklagen gegen den Ausschnitt zur Wehr gesetzt, weil sie sich, wie alle anderen Gesellschafter auch, ihre selbstgeschaffenen Arbeitsplätze erhalten wollen.

Den Kündigungen waren mehrmonatige Auseinandersetzungen wegen der Forderungen von Sonja und Norbert nach einem Redaktionsstatut und einem umfassenden Mitbestimmungsmodell für alle Verlagsmitarbeiter vorausgegangen. Die Diskussion darüber war von den übrigen Gesellschaftern und insbesondere den Redakteuren ständig verweigert worden. Stattdessen wurden Sonja und Norbert aufzufordern lediglich ihre Geldbeschaffungsfunktionen zu intensivieren und sich darauf zu beschränken.

ZITTY versteht sich als demokratisches Forum für Berliner Bürgerinitiativen und andere alternative Aktivitäten in Berlin. Sie hat sich auch nicht scheut kritische und bisweilen linke Beiträge zu bringen. Daher muß sich ZITTY die Frage gefallen lassen, ob ihrem demokratischen und z.T. linken Image auch die innerbetrieblichen Strukturen entsprechen.

Wir fragen deshalb?

Warum gibt es bei ZITTY weder ein Mitbestimmungsmodell für die Verlagsgesellschafter, -angestellten und freien Mitarbeiter noch ein Redaktionsstatut?

Warum finden keine regelmäßigen Redaktionsitzungen, zu denen alle interessierten ständigen Mitarbeiter eingeladen werden, statt?

Warum wird diesen Forderungen der jetzt fristlos gekündigten nicht nachgegeben?

Warum wird Norbert, der für Zitty auch als Autor gearbeitet hat, die unentgeltliche (!) Tätigkeit als Redakteur verweigert, obwohl die Redaktion überlastet ist?

Warum bringt ZITTY als progressive Zeitung keinen Beitrag zum Russel-Tribunal, obwohl Norbert seit Monaten einen solchen zur Veröffentlichung angeboten hatte?

Warum wird Sonja die Tätigkeit als freie Anzeigenwerberin für ZITTY (anstatt ihrer festen Anstellung) (!) zu den Bedingungen einer anderen freiberuflichen Anzeigenwerberin, die für ZITTY arbeitet, verweigert?

Warum verweigert der Geschäftsführer Franz Grafe den gekündigten Gesellschaftern Auskünfte und Begründungen zu geschäftlichen Vorgängen (Heftweiterung, Rationalisierung durch Computer), die früher von allen Gesellschaftern beraten und beschlossen wurden?

Wir fordern zur Klärung dieser Fragen:

Eine öffentliche Diskussion - auch in ZITTY!

Insbesondere das Recht, der gegen ihren Willen gekündigten Gesellschafter zu einer unzensurierten Stellungnahme in ihrer Zeitung - IN ZITTY!

Als Vorbedingung dazu: die sofortige Rücknahme der fristlosen Kündigungen, weil wir solche Maßnahmen unter Gewerkschaftern für untragbar halten und auch generell als Mittel politischer Auseinandersetzungen ablehnen!

Stellt diese Forderungen an ZITTY (Tel. 881 30 86), unterschreibt diese Aufforderungen und schickt sie an RADIKAL, Gustav-Müller-Str. 46, 1 Berlin 62.

Ein ausführlicher Beitrag zu diesem Konflikt steht in RADIKAL Nr. 32 !!!

Name/Gruppe:

Adresse:

Stellung zu
ZITTY
(Leser, Mitarbeiter, etc.):

Leute die Stammheim -
Broschüre gibt's in
Buchläden + am Mehring
damm

Beamte als Antikommunisten

Wie das Verwaltungsgericht Ansbach Zweifel an Verfassungstreue begründet

Nach dem Urteil des Ansbacher Verwaltungsgerichts, das dem Nürnberger Lehramtsanwärter Heinrich Häberlein (29) die Einstellung in den Vorbereitungsdienst verweigert, sehe er den Grundwert persönlicher Freiheit nicht nur durch Kommunisten gefährdet, sondern auch tendenziell durch die Justiz. Dies erklärte der frühere CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Roser in einem Beitrag für den Evangelischen Pressedienst. Der in Mittelfranken lebende evangelische Pfarrer fordert darin gleichzeitig die CSU als die in Bayern die hauptsächlichste Verantwortung tragende Partei auf, ebenso wie andere Parteien und Gruppierungen zu diesem Urteil Stellung zu nehmen. „Es geht nicht nur um Häberlein. Es geht um die Sicherung unserer Freiheit“, schreibt Roser.

Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Ansbach darf Häberlein nicht Lehrer werden, weil er die Zweifel, ob er jederzeit aktiv für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten werde, nicht habe ausräumen können. Das Gericht sah in Häberlein zwar keine Verfassungsfeind, konnte ihm auch keine Mitgliedschaft in der DKP vorhalten, aber es schloß nicht aus, daß Häberlein kommunistische Ziele nicht erkenne und daher nicht in der Lage sei, bei Gefahr aktiv für die Demokratie einzutreten. Wer Beamter werden wolle, müsse überzeugter Antikommunist sein, äußerte das Gericht.

Zu dieser Einschätzung kamen die Richter, weil Häberlein als Vorsitzender der „Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner“ häufig unter dem Zwang einer geistigen Auseinandersetzung mit kommunistischen Zielen stehe. Daher müsse er sich auch nach seinem Verhältnis zum Kommunismus fragen lassen.

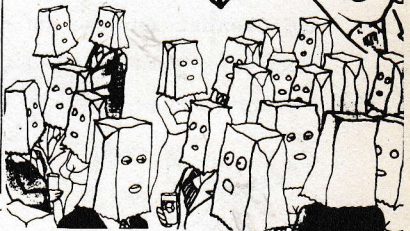
Das Urteil gegen Häberlein, Sohn eines Diakons und Landesvorsitzender der „Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegs-

dienstgegner“, betrifft nach Meinung Rosers zugleich eine ganz junge Generation. Häberlein habe sich nachweisbar und eindeutig verfassungsfeindliches nicht zuschulden kommen lassen. Wenn sich diese Tendenz fortsetze, die das Ansbacher Verwaltungsgericht und die Bezirksregierung von Mittelfranken angewandt hätten, würden nach den Worten Rosers jene Männer doch recht bekommen, die befürchten, die derzeitige Extremistenangst könne die jungen Leute aus Sorge um den Arbeitsplatz zunächst in Desinteresse und Duckmäusertum führen, schließlich aber zur Explosion angestauter Aggressionen.

Auch die Delegierten der Evangelischen Studentengemeinden Bayerns haben bei einer Tagung in Würzburg schwere Bedenken gegen das Urteil des Ansbacher Verwaltungsgerichts geäußert. Sie sahen darin den Versuch einer Gleichhaltung der politischen Meinungen. (epd/Tsm)

So
nicht

sondern
so





Ich meine es ist an der Zeit, angesichts der Schwemme von Büchern zu ökologischen Fragen, die Spreu vom Weizen zu trennen. Deshalb werde ich drei Bücher aus »bürgerlichen« Verlagen vorstellen, die ich für bestimmte Zwecke sehr geeignet finde und die in den einschlägigen Buchläden nicht zu finden sind.

"Die Umwelt des Menschen" aus der Reihe "Wie funktioniert das?" herausgegeben vom Bibliographischen Institut, Mannheim, 1975, 552 S.

Um zu zeigen, daß dieser Themenkomplex recht umfassend abgehandelt ist, hier ein Auszug aus dem Inhaltsverzeichnis (jeweils die fettgedruckten Überschriften):
Staat und Umwelt - Die naturwissenschaftliche Gliederung der Umwelt - Die Atmosphäre - Die Hydrosphäre - Die Pedosphäre - Die Lithosphäre - Die Biosphäre - Ökosysteme - Grundphänomene des Lebens - Stoffwechselvorgänge im Organismus - Nahrungskette - Wald und Moor - Naturschutz - Landwirtschaft, Pflanzenbau und Tierhaltung - Siedlungswesen und Landschaftsgestaltung - Verkehr und Umwelt - Luftverschmutzung und -reinhaltung - Wasserverschmutzung, -reinhaltung und -versorgung - Schadstoffe in der Umwelt - Schall und Lärm - Abfallbeseitigung und -verwertung - Energie und Umwelt - allgemeine und gesamtwirtschaftliche Aspekte des Wachstums.

Bei dieser Aufzählung fällt bereits der systematische Aufbau ins Auge. Trotzdem ist dieses Buch mehr ein Nachschlagewerk als eine zusammenhängende Darstellung. Es ist derart aufgebaut, daß auf der linken Seite ein Textteil steht, auf der rechten meist eine erläuternde Grafik. Die Fakten werden durch die knappe Darstellung erstaunlicherweise recht wenig verzerrt. Gleichzeitig bleibt sie gut verständlich, so daß Physik- und Chemiekennntnisse auf dem Niveau einer Abitursklasse nicht erforderlich sind. Es werden Fachausdrücke erklärt, Zusammenhänge dargestellt, aber auch Details benannt

(sowohl die Nahrungskette ist erwähnt als auch der Zitronensäurezyklus). Auch werden kritische Punkte in Sachen Kernenergie nicht nur regierungskonform dargestellt. Hier ist zu empfehlen, auch andere Literatur zu Rate zu ziehen. Nachteilig ist die knappe Literaturangabe und das völlige Fehlen von Quellenhinweisen (bei Nachschlagewerken zwar üblich, dennoch nicht sinnvoll).

Meiner Ansicht nach eignet sich dies Buch für Leute, die in Umweltschutzinitiativen engagiert sind und kein nennenswertes naturwissenschaftliches Vorwissen besitzen oder ein sehr spezialisiertes.

$$P_m = 247 \text{ kJ/h} \quad M \cdot D^2 \cdot \sqrt{a \cdot v^2 \cdot r} = \cos \alpha \quad 2$$

Für technisch Interessierte noch zwei Empfehlungen:
 $\eta = 99,75\%$ $f_{UV} = 0 \pm \infty$ $1,1$

"Sonnenenergie in Theorie und Praxis" Winkler/Gygax

Verlag C. F. Müller, Karlsruhe 1976

Zwei Teile: Grundlagen der Sonnenenergie und Anwendungen. Da im 2. Teil auch auf die Grundlagen kurz eingegangen wird, kann der erste Teil nur für besonders Gründliche interessante Informationen bringen. Bei den Anwendungen werden Anlagenteile und Funktion eines kompletten Sonnenkollektorsystems mit Wärmepumpe beschrieben. Es werden Fragen der konkreten Umsetzung dieser Anlagen (Wie etwa im Sonnenkollektor - Baubuch) behandelt, sondern Hinweise zur Dimensionierung, zum Wirkungsgrad und dessen Einflußfaktoren gegeben. Wer ein wenig mehr wissen möchte über Sonnenenergieanlagen als nur über deren Zusammenbau sollte sich dieses Buch mal ansehen; außerdem sollte es für Leute im Bereich des Bauwesens interessant sein.

Als letztes neuntes Buch über Windenergie:

"Wie man Windräder baut", Felix von König, Udo Pfriemer Verlag, München, 1977

Schwerpunkt dieses Buches ist die Bauanleitung einer amerikanischen Windturbine. Als Vorlauf wird dargestellt, welche Energiemengen im Wind existieren und worauf bei deren Nutzbarmachung zu achten ist. Auch werden verschiedene Windradprinzipien erläutert. Wie im Sonnenenergiebuch helfen einfache Formeln bei der Berechnung einer Windturbine. Daher auch denselben Leserkreisen zu empfehlen.

Alle besprochenen Bücher sind auch in öffentlichen Bibliotheken zu entleihen!

LIEBEN GRÜSSE AN
INKA
8

firzin

UNSERE KOLLEGEN VON DER BÜRGERLICHEN SCHICKTEN UNS FOLGENDE BERICHTE:



26. Januar

Zwischenfall in belgischem AKW: Beim Austausch von Brennelementen im AKW Tihange in der Nähe von Lüttich soll am 13. Jan. radioaktives Jod 131 entwichen sein. Die 30 Beschäftigten sollen einer erhöhten Strahlendosis von 100 mgem ausgesetzt worden sein. Aus Sicherheitsgründen wurde der Betrieb für 3 Tage eingestellt.

3. Februar

Gemeinschaftsanlage zur Urananreicherung in Haag gebilligt. Das Parlament in Den Haag hat den Ausbau der deutsch-holländischen Anreicherungsanlage in der holländischen Stadt Almelo zugestimmt. Die Jahreskapazität soll 2000 t betragen.

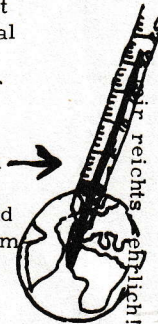
Antrag auf Baustop für Kalkar Das entsprechende Verlangen eines in der Nähe wohnenden Bauern wird von der BBU und von holländischen Umweltschutzorganisationen getragen. Damit muß sich das Oberverwaltungsgericht (Münster) zum erstenmal mit der Verfassungsmäßigkeit des Atomgesetzes hinsichtlich des Genehmigungsverfahrens für Atomreaktoren Typ Schneller Brüter befassen.

... und nun steht die Presse

Kopf



Temperaturanstieg durch Kohlesäure Prof. Klaus Hasselmann (Max-Planck-Institut) erklärte, daß aufgrund der Zunahme des CO₂ Gehalts in der Atmosphäre (Verbrennung von Gas, Öl und Kohle) innerhalb der nächsten 50 - 200 Jahre die mittlere Temperatur auf der Erde bis zu 10 Celsius ansteigen wird.



27. Januar

Disziplinarverfahren gegen leitende Polizisten eingestellt (es geht hier um die 13 Bullen, die während einer "Herrenparty" am Himmelfahrtstag 1977 in der Hütte Vertreter der BI Oberjägerweg provozieren wollten)

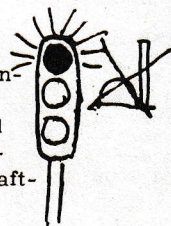
28. Januar

Phosphorgehalt in Waschmitteln soll gesenkt werden das Bundesinnenministerium plant durch Rechtsverordnung zum Waschmittelgesetz den Phosphoranteil in Wasch- und Reinigungsmitteln in zwei Stufen je nach Produkt um die Hälfte zu senken. Jährlich gelangen über 100.000 Tonnen P. in die Gewässer der BRD und Westberlin

Karlsruhe erweitert den Begriff der 'Kriminellen Vereinigung' § 129 ist jetzt erstmals vom 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes auf Zusammenschlüsse angewandt worden, die zunächst einen legalen Zweck verfolgen, später jedoch die Begehung von Straftaten in ihre Ziele aufnehmen.

29. Januar

Rotes Licht für AKW Esenshamm das Verwaltungsgericht Oldenburg zog die Teilgenehmigung zur Einleitung radioaktiv verunreinigten Wassers aus der Kernenergieanlage in die Weser und in das nahegelegene Binnenwassersystem zurück. Es wurde erklärt, daß die Genehmigungsbehörde die Interessen der Kernkraftwerksbetreiber zu stark die Interessen der Allgemeinheit bzw. der Kläger zu wenig berücksichtigt hat.



Rondeau
Reden ist leicht.

Aber Wörter kann man nicht essen.
Also backe Brot
Brot backen ist schwer.
Also werde Bäcker.

Aber in einem Brot kann man nicht wohnen.
Also bau Häuser.
Häuser bauen ist schwer.
Also werde Maurer.

Aber auf einem Berg kann man kein Haus bauen
Also verset e den Berg.
Berge versetzen ist schwer.
Also werde Prophet.

Aber Gedanken kann man nicht hören.
Also rede.
Reden ist schwer.
Also werde was du bist

und murmle weiter vor dich hin,

31. Januar

Weiterer Grohnde-Prozeß Ein 31jähriger Arbeitsloser steht unter der Anklage, Landfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte bei der Teilnahme an der Grohnde-Demo begangen zu haben. Dies ist der 5. Grohnde-Prozeß.

1. Februar

DDR

Mehr Atomstrom aus Greifswald (SBZ) Das AKW "Bruno Leuschner" (Bezirk Rostock) will 1978 die Energieerzeugung um 176 % gegenüber dem Vorjahr erfüllen, indem der 3. reaktorblock in den Dauerbetrieb übernommen werde. Geplant sind fünf Reaktorblöcke mit insgesamt 3.520 MW

Senatsbeschluß zum neuen Kraftwerk in Ruhleben Grundlastkraftwerk westlich des alten KW Reuter, 2 Blöcke mit jeweils 300 MW. (ab 1983) Das Kraftwerk soll 450 m vom nächsten Wohnhaus entfernt sein. Die Schornsteine sollen 120 m hoch, die Kühltürme 110 m hoch werden.

-91-
WIR

BESTIMMEN ÜBER

UNSERN BAUCH!!



FAUST

Des Weg des legalen Schwangerschaftsabbruchs

Auch nach der "Reformierung" des § 218 ist das Verfahren des Schwangerschaftsabbruchs immer noch sehr kompliziert; ein Abbruch ist nur unter bestimmten Bedingungen (Indikationslösung) erlaubt. Ob die gesetzlichen Bedingungen für eine Indikation vorliegen entscheidet ausschlaggebend der Arzt(in).

Wir wollen hier nochmal die wichtigsten Informationen des legalen Schwangerschaftsabbruchs zusammenfassen.

1. Feststellung der Schwangerschaft

- wenn frau schon gleich nach dem Verkehr Angst hat schwanger zu werden, kann sie innerhalb von 48 Std. die Tabletten "Duagynon" nehmen, es kommt dann erst gar nicht zu einer Einnistung des befruchteten Eies in der Gebärmutter; zu einem späteren Zeitpunkt kann frau mit Duagynon nur feststellen ob sie schwanger ist oder nicht, aber es führt dann nicht zu einer Fehlgeburt wie oft angenommen wird (Duagynon löst dann die Regelblutung aus, erfolgt diese nicht, kann frau davon ausgehen, daß sie schwanger ist).

- unsichere Schwangerschaftszeichen:
Spannen der Brüste, Anstieg der normalen Körpertemperatur, Übelkeit

- Schwangerschaftstests

2 Wochen nach Ausbleiben der Regel kann das Schwangerschaftshormon HCG im Urin durch einen Test festgestellt werden. In den Beratungsstellen ist dieser Test kostenlos, Ärzte und Apotheken nehmen 15-20 DM dafür. Will frau den Test selber durchführen (B-Test, Predictor-Test) kostet das 22 DM.

2. Der Weg durch die Institutionen

Folgende Bescheinigungen werden benötigt:

a) Indikationsstellung und medizinische Beratung

Indikationsstellung: Befürwortung eines Abbruchs aus sozialen, medizinischen o. a. Gründen bis zur 12. Schwangerschaftswoche. (s. Neureglung zum § 218)

Medizinische Beratung: Aufklärung über medizinische Aspekte des Abbruchs. Diese Bescheinigungen kann jede(r) Arzt(in) ausstellen, vorausgesetzt, sie erkennen die Begründung für einen Schwangerschaftsabbruch an. Allerdings lehnen noch viele Ärzte die Befürwortung ab, besonders frau "soziale" Gründe (gesetzlich: Notlagenindikation) an. Deshalb ist es angebracht, duftest Frauenärzte(innen) in Erfahrung zu bringen (Frauenzentrum!), um eine soziale Indikation besser diskutieren zu können.

b) Soziale Beratung

Frau muß sich von einem(er) Sozialarbeiter(in) oder Arzt(in) mit entsprechender Befähigung über "die zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Hilfen für Schwangere, Mütter und Kinder" (Gesetz) beraten lassen. Diese Berater(innen) haben rechtlich nicht die Möglichkeit die Indikationsstellung zu beeinflussen, sie versuchen frau allerdings manchmal unter Druck zu setzen.

Wo bekommt frau diese Bescheinigung?

- a) Indikationsstelle und medizinische Beratung
 - bei dem Haus- oder Facharzt(in) immer dort zuerst versuchen!
 - bei dem Gesundheitsamt des Wohnbezirkes; über deren Verfahrensweisen gibt es nur wenig Informationen.
 - bei den Schwangerschaftsberatungsstellen (Liste beim Frauenzentrum erhältlich). Diese führen meist beide Beratungen (a und b) durch, so daß frau einen Weg spart. Bei diesen Stellen werden die Gründe meistens anerkannt, sodaß frau ohne große Selbstverleugnung eine (Notlagen-) Indikation bekommt. Beschleunigt wird das Verfahren, z. T. auch unbedingt notwendig, wenn frau bereits eine Bescheinigung über das Bestehen und mögliche Stadium einer Schwangerschaft verloren kann, die vom Arzt(in) ausgestellt ist. Hat frau aber Zweifel an dem Befund, soll sie auf eine Untersuchung (Urintest und Tastuntersuchung) durch den Arzt(in) in der Beratungsstelle bestehen. Ärzte täuschen sich oft, wenn sie das Stadium einer Schwangerschaft ertasten. Für frau ist es aber sehr wichtig zu wissen, ob sie in der 7. oder bereits in der 11. Woche schwanger ist (vom 1. Tag der letzten richtigen Periode ausgehend rechnen). Sollte der Antrag abgelehnt werden, so kann frau sich, wenn sie die Kraft dazu aufbringt es jeweils bei anderen Stellen wieder versuchen. Es gibt mittlerweile auch ~~vielen~~ Gynäkologen(innen), die sowohl die medizinische als auch soziale Beratungen (und Bescheinigungen) durchführen. Das erspart Zeit und Nerven.
- b) Soziale Beratung
 - bei einem Arzt(in), der (die) befähigt ist, die soziale Beratung durchzuführen (nachfragen)
 - bei allen Gesundheits-, Sozial- und Jugendämtern im Wohnbezirk
 - bei dafür zugelassenen Beratungsstellen der freien Wohlfahrtsverbände, wie z. B. "Arbeiterwohlfahrt".



"Rettungsuche"

Frau muß eine Arzt(in) oder Krankenhaus finden, wo der Abbruch durchgeführt wird, wobei laut Gesetz Zusage zwischen Beratung und Abbruch liegen müssen. Aufgrund der geringen Abtreibungsbetten ist es meist notwendig, morgens in dem betreffenden Krankenhaus anzurufen, und nach einem freien Bett zu fragen. Deshalb vielleicht lieber voranmelden als zufällig mit der Hoffnung auf eine Bett aufzutauchen und dann gefrustet zu werden. In der Regel, manchmal übernimmt auch das Krankenhaus die Formalitäten, muß die Einweisung ins Krankenhaus von der Krankenkasse abgestempelt werden. Die Krankenkasse unterliegen übrigens auch der Schweigepflicht z. B. Eltern oder Ehemännern gegenüber.

Es gibt folgende Möglichkeiten den Abbruch vorzunehmen:

- im Krankenhaus

Frau bekommt selten schnell ein Bett in der von ihr gewünschten Klinik; außerdem hat sie kein Recht auf die Anwendung der schonensten Methode. Im günstigsten Fall wird sie mit der schonensten Methode, der Absaugmethode oder Saugcurette, allerdings in Vollnarkose behandelt. Üblicher ist die Ausschabung in Vollnarkose. Die Behandlung mit "Proscarlandin" sollte frau ablehnen. Proscarlandine sind Hormone der Keidrüsen und rufen reburtswehenähnliche Schmerzen hervor. Proscarlandine sind bisher nicht lang erprobt,



Frauen
gemeinsam
sind
stark



(Liberation, 19. Juli 1977)

Anna unter Elektroschocks



evtl. Nebenwirkungen als nicht bekannt. Die Schmerzen sind sehr groß und lange andauernd, die Gebärmutter Schleimhaut wird allerdings geschont (natürlicher Fruchtstoß durch Wehen, keine Gefahr der Perforation, große Blutungen). Meistens wird aber nochmal nachcurretiert. Möglicherweise ist eine Behandlung nach der 12. Schwangerschaftswoche günstiger als andere Methoden. Ist Frau aber früher dran, sollte sie sich nicht überrumpeln lassen und stets nach der Abbruchmethode fragen.

Frau muß ungefähr mit 5 Tagen Krankenhausaufenthalt rechnen. Manche Frauen gehen aber bereits nach 2 Tagen "auf eigenen Wunsch" nach Hause. Sie verliert dadurch auf keinen Fall den Versicherungsschutz der Krankenkasse

in Belegkliniken

sie werden von privaten Trägern unterhalten, niedergelassene Ärzte(innen) mieten dort Betten und nehmen dort 1-2 Eingriffe pro Woche vor. Die meisten Ärzte(innen) wenden dort die Absaugmethode in Vollnarkose an. In den Belegkliniken ist meist die medizinische Versorgung sehr schlecht. Es werden oftmals keine Voruntersuchen (Narkosefähigkeit) vorgenommen. Da diese Kliniken oft nur von Abtreibungen existieren

ist Frau hier nicht so den moralischen Sprüchen seitens der Ärzte und Schwestern unterlegen. Frau kann auch hier auf "eigenen Wunsch" früher gehen.

ambulant in der Praxis

es gibt nur sehr wenige Ärzte(innen), die zugelassen sind für einen legalen Abbruch in der Praxis. Sie wenden die Absaugmethode mit örtlicher Betäubung an. (Neuerdings auch ein Arzt mit Akkupunktur.)

Allerdings nutzen sie die Lage der Frauen aus um Extraprofite zu machen. Sie verweigern ihnen das Recht auf einen kostenlosen legalen Abbruch (gesetzliche Krankenkassenleistung), sie behandeln die Frauen nur "privat". Dafür muß Frau 200-300 DM bezahlen, da den Ärzten der Krankenkassenersatz zu wenig ist.

Adressenlisten von empfohlenen Ärzten(innen) und Kliniken gibt es im Frauenzentrum, Pro Familia und anderen Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen

Noch ein Tip für alle Frauen die es betrifft: lasst euch durch die Behörden und Ärzte nicht abschrecken, geht am besten zusammen mit einer Freundin, zu zweit hat man mehr Mut. Oder schleift euren Freund mit - er hat ja schließlich auch was damit zu tun.

INFO - BUG - Diskussion:

Am letzten Sonntag, dem 5.2, gab es ne Diskussion darüber, wie es mit dem BUG weitergehen soll.

Meinungen gab es so viele wie Gruppen und Individuen da waren. Nach stundenlangem Hickhack + nachdem eine Gruppe ausgezogen war, verständigten sich nicht alle aber doch die Mehrheit der Anwesenden auf Folgendes:

- 1) Das BUG wird prinzipiell reihum von verschiedenen, arbeitenden Gruppen jeden Sonntag öffentlich am Mehrring gemacht.
- 2) Wenn es irgend möglich ist: keine Zensur. Ausschöpfen aller Möglichkeiten, die seither ansatzweise ausgenutzt worden sind, alles zu drucken. Letztlich bestimmen die am Sonntag anwesenden Leute - nach einer Diskussion - ob ein Artikel reinkommt oder nicht.
- 3) Mit einem presserechtlich Verantwortlichen.

30. Mai 1977. Anna ist eine der zehntausend Personen, welche vor dem Kernkraftwerk Gösgen demonstrieren. Aktiv seit einigen Jahren, Mitglied des CRAC (Centre de Recherche et d'Action Communautaire), Arbeiterin in einer Fabrik in Genf, müssen sowohl ihr Name als auch ihr Foto in einem besonderen Platz des Polizeiarchivs vorkommen.

Nur sie wird festgenommen. Auf dem Revier führen die Vertreter der Ordnung eine Leibesvisitation durch. Aus Protest weigert sich Anna, sich wieder anzuziehen. Daraufhin wird sie in eine Zelle eingeschlossen. Die Polizisten beschließen, sie wegen "ihrem seltsamen Betragen" in die psychiatrische Klinik Bel-Air einzuliefern; wie immer heimlich, ihre Freunde erfahren erst fünf Tage später davon. Anna beginnt einen Hunger- und Durststreik. Der Arzt, der sich um sie kümmert, schätzt nicht diese Art von Widerstand. Ohne ihre Einwilligung, ohne ihre Familie zu benachrichtigen, geht er an die Arbeit... und er verabreicht Elektroschocks. Inzwischen wird das ärztliche Gutachten erstellt. Anna wird zur Psychopathin erklärt, weil sie nicht kollaboriert hat. Ein Komitee für ihre Befreiung beginnt seit der ersten Juniwoche zu arbeiten, in seinen Aktionen unterstützt vom Komitee gegen die Psychiatrie und vom Komitee gegen ein nukleares Versoix. Die Mobilisierung erleichtert ihre Flucht, aber Anna wird wieder von der Polizei gefangen. Wenn es in diesem Fall, entgegen dem sonstigen Schweigen, einen Skandal gab, dann dank zweier Ärzte der Klinik, die diese einzigartigen Methoden öffentlich machten und ihre Ablehnung der Elektroschock darlegten. Daraufhin wurden sie vom Direktor beschuldigt, nicht das "Berufsgeheimnis" gewahrt zu haben, und wenige Tage danach entlassen. Heute ist Anna immer noch interniert. Und jeder in Genf weiß, daß die Behandlung in einer solchen Art von Institution "diejenigen krank machen kann, welche geistig gesund dorthin entführt werden".

Kuß
ah Hoß

Da die anwesenden Gruppenleute sich nicht sofort dazu verhalten konnten, ohne Rücksprache mit ihren Gruppen zu haben, werden hiermit alle Gruppen aufgefordert, die obengenannten Punkte zu diskutieren + einen Beschluß zu fassen, ob sie solch ein BUG machen, unterstützen oder nicht.

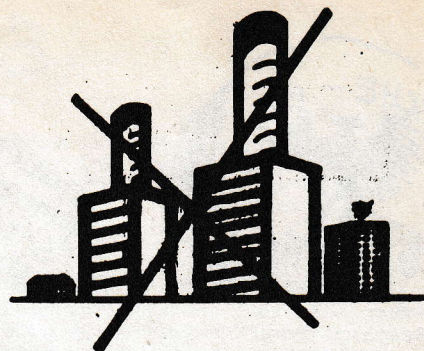
Noch dazu: Dies ist immer noch keine endgültige Lösung, sondern immer noch ein 4-5 wöchiger Versuch, während dem wir Erfahrungen machen werden, und vor deren Hintergrund wir denn beim nächsten

PLENUM, am 12.3

uns endgültig festlegen werden(?).

P.S: Die Wahrscheinlichkeit des Abdrucks eines Artikels erhöht sich unwahrscheinlich, wenn er schon am Freitag da ist.

Bürgerinitiative Gasturbine UNTERHAFEN



Wir wollen kein weiteres Kraftwerk

E I N S P R U C H G E G E N D A S K R A F T W E R K U N T E R H A F E N

An den
Senator für Gesundheit und Umweltschutz

Lentzeallee 12-14
1000 Berlin 33

Hiermit erhebe ich gegen den Plan, am Unterhafen in Neukölln ein zwei - mal
100 Megawatt - Gasturbinenkraftwerk zu errichten

E i n w e n d u n g e n .

Ich halte den Bau eines Kraftwerkes am Unterhafen in Neukölln aus folgenden
Gründen für unverantwortlich:

1. Die Umweltverschmutzung ist in Berlin schon jetzt so stark, daß die gesetzlich bestimmten Grenzwerte teilweise überschritten sind. Hinsichtlich der Umweltverschmutzung und Luftverunreinigung liegt Berlin mit einigen Städten des Ruhrgebietes sowie mit Mannheim und Ludwigshafen an der Spitze sämtlicher deutscher Städte.

Das geplante Kraftwerk Unterhafen wird pro Betriebsstunde 203 kg Schwefeldioxid und 454 kg Stickstoffdioxid (NO_2) ausstoßen und damit die Schadstoffkonzentration in der Luft weiter auf unverantwortliche Weise verstärken.

Besonders gefährlich werden die Auswirkungen des geplanten Kraftwerkes bei Inversionswetterlagen. In solchen Smog - Situationen, wenn im Gegensatz zur sonst vorherrschenden Windrichtung ein leichter Süd - Ost - Wind herrscht, werden die Schadstoffe des Kraftwerkes Unterhafen zusätzlich in die dicht bewohnten und stark vorbelasteten Gebiete von Neukölln, Kreuzberg und Schöneberg getrieben. Auf diese Weise wird die akute Gefahr für Leben und Gesundheit der betroffenen Bevölkerung in unverantwortlicher und für die Betroffenen unzumutbarer Weise verstärkt

2. Die Stromreserven der Stadt (z.Z. 819 Megawatt) sind so groß, daß die behauptete Energielücke im Jahr 1980/81 ausgeschlossen werden muß. Vor dem Bau eines weiteren Kraftwerkes mit all seinen Folgen muß zunächst ein umfassendes Energiekonzept erstellt werden, das auch die Energieträger Gas und Fernwärme angemessen berücksichtigt. Die Leitlinie der Energieplanung müssen orientiert sein an dem in Art. 2, Abs. 2 Grundgesetz verbrieften Recht jedes einzelnen auf den Schutz seiner Gesundheit, das vermeidbare gesundheitsgefährdende Bauvorhaben wie das Kraftwerk Unterhafen ausschließt.

Wie wird die Einspuchsliste ausgefüllt ?

Unterschreiben Sie bitte gut leserlich und fügen Sie Ihre vollständige Anschrift hinzu. Ein Unterzeichner muß unter der Rubrik "Vertreter" seine Unterschrift, Anschrift und Beruf zusätzlich eintragen. Er bekommt dann die Antwort des Senats auf die Einwendungen zugeschickt. Weitere Verpflichtungen entstehen dadurch nicht.

SENDEN SIE DIESE LISTE BITTE BIS S P A T E S T E N S E N D E F E B R U A R

an: Senator für Gesundheit und Umweltschutz

Lentzeallee 12-14
1000 Berlin 33

	Unterschrift (leserlich)	Anschrift
1		
2		
3		
4		
5		
6		
7		
8		
9		
10		
11		
12		
13		
14		
15		

Vertreter:	Name	Anschrift	Beruf

TERMINE, TERMINE, TERMINE, TERMINE!!!!!!

- Di. 7.2.** 18.00 - York-Kino: Kein schöner Land zu dieser Zeit.
Brokdorf-Film 1974-77 (auch Mi/Do)
19.00 - Gemütlicher Abend bei euch zu Hause.

Mi. 8.2.

Offener Abend der BI Energieplanung/Umweltschutz
Stadtteilgruppe 61 im Schlemihl (Arndstr.)

Do. 9.2.

- 15.15 Uhr Hs.
Rostlaube(FU) Film über pol.
Situation - ?
9.00 - Landesarbeitsgericht: Fortsetzung des Ferien-
Lager-Prozesses.
16.00 - Urania: Vortrag - Wie mache ich mein Tes-
tament?
19.00 - Drugstore(1/30 - Potsdamer Str. 180) Anti-
militaristischer Film - Jonny zieht in den
Krieg. und für alle italienischen Freunde
Vogliamo tutto subito

Fr. 10.2.

- 17.00 - Offener Abend im 13. Mand-Selbsthilfsladen
61/Chamissoplatz 8.
19.00 - Drugstore: Antimilitaristische Kurzfilme: 1)
Bedrohung 2) Rüstungszentrum Bayern
19.00 - Galerie 70(12 Schillerstr. 70) Diskussion -
Traditionelle Alternative des indianischen
Amerika.
19.30 - ÖTV-Haus(Joachimstalerstr. 20): Alltag im
vereinigten Vietnam nach Kriegsende(Reise-
bericht mit Dias)

Sa. 11.2.

- LBU-Seminar: Probleme der Öffentlichkeitsarbeit von
Bürgerinitiativen -
10.00 - 12.30 - Wichtige Fragen aus dem Presserecht
(Presserklärungen und -konferenzen)
14.00 - 17.00 - Gespräche mit Journalisten von Presse,
Rundfunk und Fernsehen.
Tagungsort: Nachbarschaftsheim; Schöneberg, Rembrandstr. 8

20.30 - Rockfete im Drugstore

Sa. 12.2.

- 15.30 - "Landgruppentreffen" im Objektiv(Beerwaldstr.)
auch jeden anderen Sonntag (suchen Hof
mit 3ha nordlich der Weyer bei der Grenze
zum antiken Gelände Gruppe Kreuzberg)
12.00 - Prozess Feuerwache, Moabit Raum 101

Fernsehen:

- | | | | |
|----------|-------|-------|---|
| Mo 6.2. | III | 18.30 | Die Rechte des Bürgers |
| | DDR 2 | 20.25 | Fragen Sie mehr über Brecht |
| Di 7.2. | ARD | 20.15 | Nonstop Nonsense |
| | III | 21.45 | Dracula |
| Mi 8.8. | ZDF | 22.50 | Turandot/Der Kongreß der
Weißwäucher v. Brecht |
| | III | 22.05 | Minnie u. Moskowitz |
| Do 9.2. | ZII | 21.50 | Lehrstücke Bertold Brechts |
| Fr 10.2. | ARD | 20.15 | Nimm was du kriegen kannst |
| | ZDF | 15.55 | Aufstand der deut. Bauern |
| | DDRI | 20.00 | Galileo Galilei Brecht |
| Sa 12. | ZDF | 10.30 | Die Gewehre der Frau Carrar
(Brecht) |
| Mo 13. | ARD | 21.15 | Von Basken und Katalanen |

Am nächsten Sonntag um 15 Uhr ist
ein Treffen aller am Info-Bug betei-
ligten Gruppen am Mehringdamm 99.
Dabei soll das nächste Info gemacht
werden und die Finanzen endlich
mal geklärt werden. Bringt deshalb
eure Abrechnungen mit!

Hebe
Tsg. ich kann's einfach so nicht
bitte melde
dich
Glauben!



MAN KANN SICH SELBST
DURCH GENICKSCHÜBTÖTEN
SAGT MAIHOFFER
MACHEN SIE UNS DAS VOR
HERR MINISTER
DAS HÄTTE BEBEISKRAFT

Die neue Agit 88a ist da!!

Robert(Franzose)sucht ein
Zimmer, billiger, in Kreuzberg.
693 55 89

Da suchen welche, die ganz nett
sind und auch gern Sachen weiter-
geben: Schmatzi für
1. Autokindersitz
2. Schreibmaschine
Möglichst billig oder umsonst!
Tel. 614 73 55.

---androung---für---jutta---aus---
punkfurt ---wenn---du---am---wochen-
ende ---nicht---kommst---dann---komm
---ich---rüber---stop!!!!!!!!!!!!!!

Sonnengrüße an Geli, Sanne, Maud
und alle lieben Frauen. Barbara

29 grüßt 30. Liebe geht nicht nur
durch den Magen, sondern auch
durch den Kopf. an den weiten Denkgadett

Laß dich nicht frusten, Bärchen,
manchmal ist das Leben wie im
Märchen.

Wie wärs mit einem Info von Euch
Ihr aus 61? Einen an Lisa & herz-
lichen Glückwunsch zum 22. Geburtstag Andreas

Grüß an die heiße Feuerwächentype
von der Fichtebande, überhaupt Blau-
beerzeit ist wohl doch nur im Sommer
Herbst. Schade.

Die Maus ist im Krankenhaus,
die Ratte bei der Post. Prost!

Die Leute, die schon mal Sender
gebaut haben, sollen das zwecks
Nachbau noch mal im Info ver-
öffentlichen

Leute spendet für den Knast
Die Kassen in den Kneipen sind
nicht zur Zierde da!!!!!!

Mulhi saluti ai compagni di
M.I.T.R.
Liebe Grüße an alle die hier
verfassen werden!

DAS IST JETZT DIE LETZTE SEITE



Dearest sister, hinterlasse
bitte deutliche Spuren auf
Kreta.

Erika, ich denk an Dich, auch wenn
ich nicht einziehen will: enn ich
liebe meine WG. Ich wünsche Dir
1000 nette Frauen!

Ich umarme die gesamte O 45
O Master, O Muster, warum sind
nicht alle so wie du? Dann hätte
ich keine Schwierigkeiten.
Alaaf, Marlene + Bukoskie

WER SAGT, MUß AUCH
AMBULE MACHEN!!!!!!

Liebe Agit-Drucker im Knast
viele Grüße+Küsse für Euch
von ganzen Agit-Komitee.
Leider haben euch die dreikigen
Schweine nicht rausgelassen.
DER KAMPF GEHT WEITER!!

Ein Blick in die
INFO - Zentrale

Zensur...
nein - konspi-
BUG - INFO -
SCHEISSE - DOCH



Beitrageneingabe an die beiden Vorhinderen
Info-macher 128